

# ENERGIE & UMWELT

Das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES Nr. 3 September 2003



## EnergieSchweiz konkret: Ein Augenschein im Wallis



**Stop & Go  
bei EnergieSchweiz:  
«Wir sind auf Zielkurs.»**

Seite 11



**Auch das noch:  
AKW-Entsorgungsfonds  
schmelzen**

Seite 14

## **Wenig Zuckerbrot bringt viel Energieeffizienz** 4

EnergieSchweiz subventioniert, der Kanton vervierfacht und es entstehen Minergie-Häuser, Holzheizungen oder Sonnenkollektoren. Mit einem Minimum an Subventionen bauen klug rechnende Private, aber auch widerspenstige öffentliche Baukommissionen energieeffiziente Häuser. Wie ein Kanton immer energiebewusster handelt, ohne sich grün schimpfen zu lassen: ein Augenschein im Wallis.

## **Bürgerliches Flipperspiel mit der Umweltpolitik** 8

Nach dem AKW-Moratoriumsentscheid von 1990 kam in der Schweiz so etwas wie energiepolitische Aufbruchstimmung auf. Das Bundesprogramm Energie-2000 wurde mit grossem Enthusiasmus lanciert. Heute kämpft das Nachfolgeprogramm EnergieSchweiz ums nackte Überleben. Den Preis für dessen Fortführung soll das BUWAL bezahlen. Die Würfel fallen in der Herbstsession.

## **EnergieSchweiz: Sisyphus als Programm** 10

Die Verantwortlichen des Programms EnergieSchweiz sind nicht zu beneiden: Energiepolitisches Stop and Go im Bundeshaus und fehlende gesetzliche Rahmenbedingungen machen ihre Aufgabe zur Sisyphusarbeit. Die Beteuerung «wir sind auf Zielkurs» ist reiner Zweckoptimismus. Dennoch gibt es beachtliche Erfolge.

## **Autofahren mit besserem Gewissen** 12

Eco-Drive ist ein Teilprogramm von EnergieSchweiz im Bereich Mobilität. Durch sparsames Autofahren mit Eco-Drive lässt sich der Treibstoffverbrauch um bis zu 15 Prozent reduzieren. Die SES fordert deshalb, dass Eco-Drive ein zwingender Bestandteil der Fahrprüfung und längerfristig für sämtliche FahrzeuglenkerInnen obligatorisch wird.

## **Radioaktive Abfälle: Stilllegung oder Entsorgung oder was?** 14

Ob mit Absicht geschaffen oder nicht: Bei Stilllegungs- und Entsorgungs-Fonds herrscht ein begriffliches Chaos, in dem sich seltsame Expertisen, sonderbare Finanz-Anlagekonzepte und leere Kassen wunderbar verstecken können.

## **Mit Vollgas in den verkehrs- und finanzpolitischen Kollaps** 16

Die Avanti-Initiative fordert einen massiven Ausbau der Nationalstrassen, will Kapazitätsengpässe beseitigen sowie einen zweiten Gotthardstrassentunnel bauen – und damit den Alpenschutzartikel durchlöchern. Der heute vorliegende Gegenvorschlag hat die Avanti-Initiative rechts überholt und ist mittlerweile zum Strassenbauprogramm «Avanti Plus» avanciert.

## **Auf billigstem Weg zur CO<sub>2</sub>-Reduktion** 18

Weil die Schweiz ihre Kyoto-Verpflichtungen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion bis 2010 wohl nicht erreichen wird, wurde von der Erdölvereinigung, von économiesuisse und den Strassenverbänden der «Klima-Rappen» lanciert. Mit dem Ertrag von 70 Millionen Franken wollen sie hauptsächlich CO<sub>2</sub>-Reduktionszertifikate im Ausland kaufen und so die CO<sub>2</sub>-Abgabe verhindern.

## **SES-Fachtagung: Sanfter Mobilfunk – Möglichkeiten und Grenzen** 19

Der Mobilfunkmarkt boomt, der Widerstand in der Bevölkerung gegen neue Antennen ebenfalls. Es gibt elektrosensible Menschen, die auf Belastungen weit unterhalb dieser Grenzwerte reagieren. Diese Betroffenen fühlen sich in ihrem Leiden machtlos und im Stich gelassen.

## **«In 20 Jahren sollte es keine Atomenergie mehr brauchen»** 20

Wie weiter nach der Ablehnung der Atominitiativen am 18. Mai? Dieser Frage gingen anlässlich der diesjährigen SES-Jahresversammlung drei Vertreter der schweizerischen Energiepolitik und -wirtschaft nach: Ruth Genner (Nationalrätin, Co-Präsidentin Grüne Schweiz), Hans Rudolf Gubser (Mitglied Konzernleitung Axpo und Geschäftsleitung NOK) und Hans Luzius Schmid (Stv. Direktor Bundesamt für Energie, Programmleiter EnergieSchweiz).

## **Unsere und Ihre Wahl am 19. Oktober 2003** 22

Die SES ist parteipolitisch unabhängig, aber wir ergreifen Partei für eine nachhaltige Energie- und Umweltpolitik. Aus diesem Grund erlauben wir uns auch eine Wahlempfehlung abzugeben. Wer nicht wählt, bleibt stumm.

### **IMPRESSUM**

#### **Energie&Umwelt 3/03**

**Herausgeberin:** Schweizerische Energie-Stiftung SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich, Tel. 01/271 54 64; Fax 01/273 03 69  
E-Mail: info@energiestiftung.ch  
PC-Konto: 80-3230-3  
Internet: www.energiestiftung.ch

#### **Redaktion:**

Rafael Brand  
Scriptum, Büro für Kommunikation  
Postfach 949, 6460 Altdorf  
Tel. 041 870 79 79  
E-Mail: info@scriptum.ch

#### **Redaktionsrat:**

Armin Braunwalder, Rafael Brand, Dieter Kuhn, Rüdiger Paschotta, Bernhard Piller, Anja Umbach-Daniel

**Layout:** Scriptum, Altdorf

**Korrektorat:** Bärli Schuler, Altdorf

**Druck:** ropress, Zürich

**Auflage:** 4000, erscheint 4 x jährlich

Abdruck erwünscht unter Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares an die Redaktion

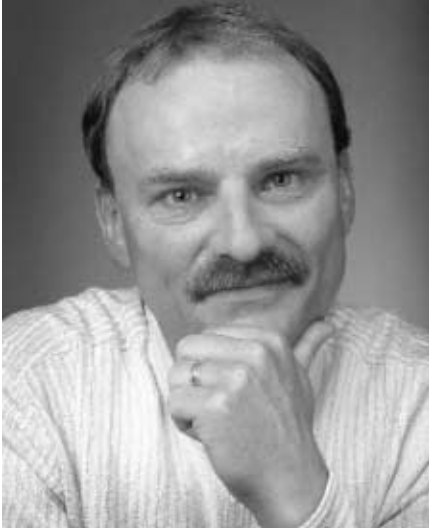
#### **Abonnement (4 Nummern):**

30 Franken Inland-Abo  
40 Franken Ausland-Abo  
50 Franken Gönner-Abo

#### **SES-Mitgliedschaft:**

Fr. 75.– für Verdienende  
Fr. 30.– für Nichtverdienende  
Fr. 400.– für Kollektivmitglieder  
Energie&Umwelt inbegriffen

# Haben die einen Sonnenstich?



Von Armin Braunwalder,  
SES-Geschäftsleiter

Wie haben wir doch gelitten unter der Hitzewelle. Ein Temperaturrekord jagte den andern. 12. Juni: 37° C in Brugg. 23. Juni: 37,5° C in Heerbrugg. 6. August: 40,1° C in Möhlin. 12. August: 41,2° C ebenda. Saftige Wiesen wurden zu öden Steppen, und Bauern klagten über Grasmangel. Waldbrände in Kanada, Waldbrände in Portugal, Waldbrände im Oberwallis. Das Geschäft mit den kühlenden Ventilatoren florierte wie noch nie. Luftmatratzen und Kinderplanschbecken ausverkauft. Die Züge mutierten zu Backöfen. Aus klimatisierten Autos ergoss sich Häme über den öffentlichen Verkehr in die Leserbriefspalten. Die Gletscher schmolzen so schnell wie noch nie vor sich hin. Permafrost, der Gebirgshänge stabilisiert, taut weiterhin unspektakulär. Die Ozonwerte schlugen alle Rekorde. In den Arztpraxen häuften sich die Notbehandlungen. Zehntausende von Äschen verendeten im aufgeheizten Rhein. Hitzschlag.

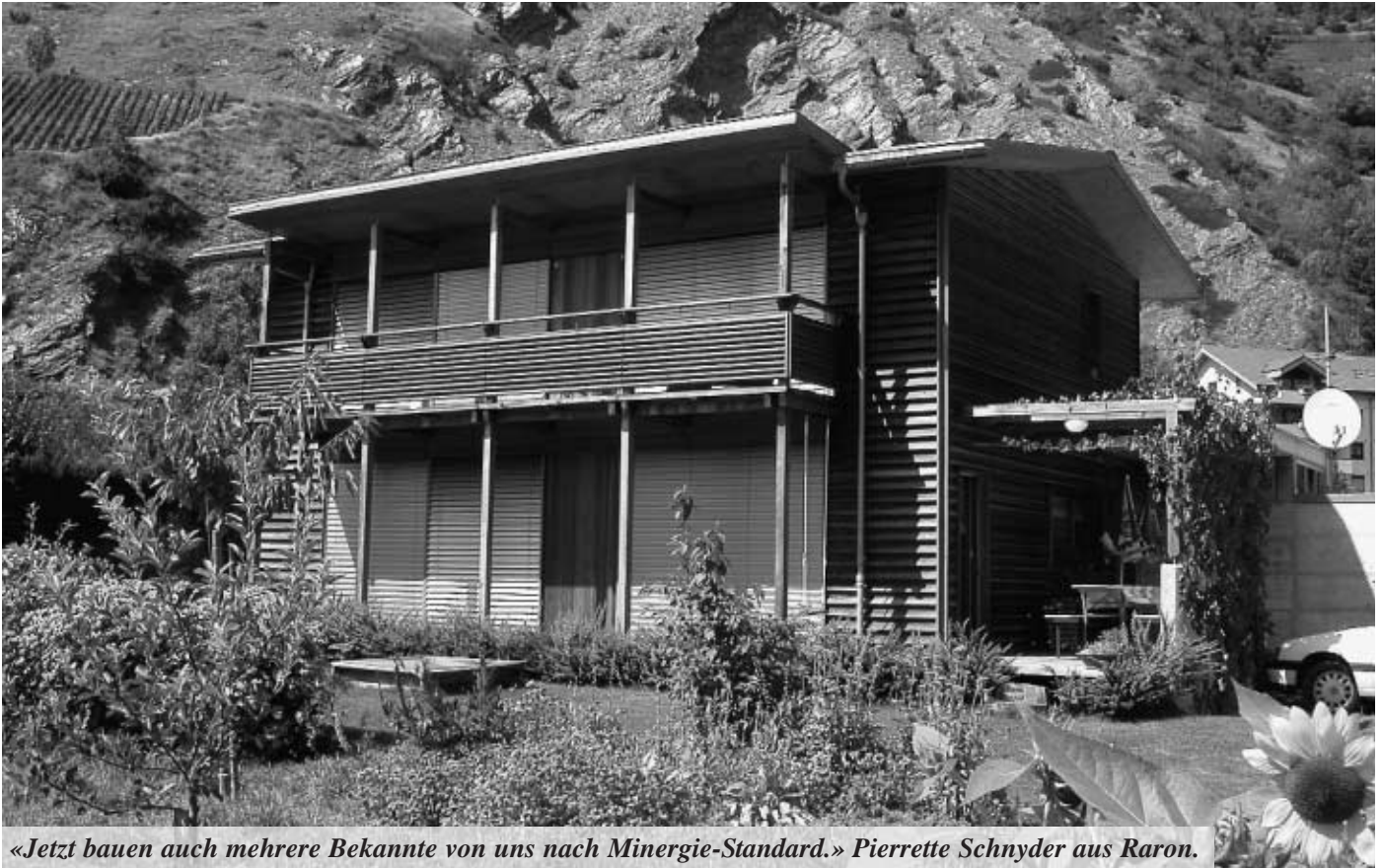
Die Folgen der Klimaerwärmung treffen uns immer unmittelbarer. Die Kadenz und die Intensität von «Extremereignissen» nimmt zu. Das Klima spielt verrückt. Auch in der Politik. Haben die einen Sonnenstich, muss man sich fragen, wenn der Bundesrat allen Ernstes das Programm EnergieSchweiz wegsparen will?

170-55-0-20-45-32. Das ist der Zahlencode, aus dem energie- und klimapolitische Alpträume geschaffen sind. 170 Millionen Franken pro Jahr wollte der Bundesrat zur Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien anfangs der 90er Jahre ins Programm Energie 2000 stecken. Das Budget wurde auf 55 Millionen Franken pro Jahr zusammengekürzt. 0 Franken sollte das Nachfolgeprogramm EnergieSchweiz im Rahmen des Entlastungsprogramms ab 2007 erhalten. Nach heftigen Protesten korrigierte der Bundesrat auf 20 Millionen Franken pro Jahr. Die Spezialkommission des Ständerates erhöhte auf Antrag von Vreni Spoerry auf 45 Millionen Franken pro Jahr. Das wiederum passte dem Bundesrat nicht und die Kommission drückte das Budget ab 2007 wieder auf 32 Millionen

Franken – verbunden mit massiven Zusatzeinsparungen beim Buwal. In der Herbstsession stürzt sich das Parlament in diesen orientalischen Basar. Klar ist schon jetzt: EnergieSchweiz wird zurückgestutzt. Das ist fatal.

Im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten war und ist dieses Programm, auch wenn es nie über Bonsai-Status hinauskam, noch das beste, was energiepolitisch zu haben ist. Die SES hat in ihrer Kritik auch nie verhehlt, dass das Programm gute und erfolgreiche Ansätze zeigt, die aber nie die notwendige Breitenwirkung zu entfalten vermochten. Das wäre erst der Fall, wenn das Budget des Programms verdoppelt wird und auch die energiepolitischen Rahmenbedingungen verbessert werden. Dazu gehört die schnelle Einführung einer hohen CO<sub>2</sub>-Abgabe ebenso wie die verstärkte Förderung der Energieeffizienz und eine kostendeckende Einspeisevergütung für Ökostrom.

Was Förderprogramme der öffentlichen Hand im Energiebereich bewirken können, zeigt unsere Reportage aus dem Kanton Wallis. Und es wird damit auch klar, dass mit der Kürzung des EnergieSchweiz-Budgets private Investitionen abgewürgt werden, auf die das lokale Gewerbe dringend angewiesen ist. Mehr noch: Die Kürzung des EnergieSchweiz-Budgets verstösst nicht nur gegen den Nachhaltigkeitsauftrag in der Bundesverfassung, gegen völkerrechtliche Klimaschutzverpflichtungen und gegen das Energiegesetz. Die Sparfraktion in Bundesrat und Parlament schießt darüber hinaus auch noch ein klassisches finanzpolitisches Eigengoal. Da tut frischer Wind im Bundeshaus dringend Not. Mit Ihrem Wahlzettel können Sie bei den Parlamentswahlen in diesem Herbst dafür sorgen.



«Jetzt bauen auch mehrere Bekannte von uns nach Minergie-Standard.» Pierrette Schnyder aus Raron.

**EnergieSchweiz: Zuerst ändert das Bauen, dann das Bewusstsein**

## Wenig Zuckerbrot bringt viel Energieeffizienz

**EnergieSchweiz subventioniert, der Kanton vervierfacht und es entstehen Minergie-Häuser, Holzheizungen oder Sonnenkollektoren. Mit einem Minimum an Subventionen bauen klug rechnende Private, aber auch widerspenstige öffentliche Baukommissionen energieeffiziente Häuser. Wie ein Kanton immer energiebewusster handelt, ohne sich grün schimpfen zu lassen: ein Augenschein im Wallis.**



*Von Christa Mutter,  
freie Journalistin  
in Freiburg  
(Text und Fotos)*

Anfang August, 34 Grad im Schatten. An der Pergola der Familie Schnyder in Raron sind die ersten Trauben reif. Doch im Wohnzimmer zieht Pierrette Schnyder dem kleinen Gabriel Söckchen an und lacht: «Hier hats halt 24 Grad.» Die kontrollierte Lüftung ist

keine Klimaanlage, bringt aber frische Luft, und die dick isolierten Wände halten offenbar auch Hitze ab. «Uns ist es wohl hier, und wir haben es keine Sekunde bereut, nach Minergie-Standard gebaut zu haben», erklärt die Hausherrin. Zur Heizung mit Wärmepumpe und Erdsonden sowie den Sonnenkollektoren leisteten sich Schnyders noch einen Schwedenofen für gemütliche Winterabende.

Ein Dorf weiter, in Turtmann, zeigt uns Käsermeister Heribert Brügger im Abstellraum einen Schrank: «Da ist alles drin!» Der Schrank beherbergt die Minimallösung für Heizung und Lüftung, einen Wasser-Luft-Wärmetauscher. Brügger wollte auf jeden

Fall energieeffizient bauen: «Wir müssen doch der Umwelt Sorge tragen, und ich habe mich schon immer für Energiefragen interessiert.» Als er an der Gewerbeausstellung einen Vortrag über Minergie hörte, war klar: das wollte er auch. Dank der kontrollierten Lüftung schlafe er auch besser und erwache «mit klarem Kopf». Und all das mit einer Stromrechnung, die inklusive Betrieb der Wärmepumpe kaum 1000 Franken im Jahr für 7'800 kWh ausmacht.

### Gut planen ist alles

Schnyders und Brüggers gehören zu jenen drei Dutzend privaten und öffentlichen Kunden, denen Carlo Mathieu, Ingenieur für Haustechnik und Energieberatung, eine Heiz- und Klimälösung nach Minergie-Standard auf Mass schneiderte. Ein Minergie-Haus bringt Zusatzkosten von etwa 5%, aber der Kanton zahlt 10'000 Franken Subventionen. «Dies deckt in etwa den Preis der Lüftung», rechnet Ma-

thieu vor, «nicht aber die Isolation. Aber die Leute erhalten ja auch einen Zusatznutzen».

Ohne Subvention, sagen alle Befragten, hätten sie zwar auch «vernünftig» gebaut, aber kaum nach Minergie-Vorschrift. Denn statt 16 bis 20 Zentimeter Dämmschicht sind oft noch 10 Zentimeter Standard. Und das Wallis kann noch so viel Wasser, Sonne und Holz haben – wer kurzfristig rechnet, fährt mit einer Ölheizung am billigsten. Wer aber Carlo Mathieu oder einem der jüngeren Architektenbüros einen



**«Ziel meiner Beratung ist, mich selbst als Heizungsingenieur wegzurationalisieren.»**

*Carlo Mathieu, Haustechnik-Ingenieur aus Turtmann.*

Auftrag gibt, hat einen Fuss im Minergie-Standard. Seit es Minergie gebe, habe seine Arbeit «einen Namen bekommen», sagt Mathieu. Optimale Energienutzung entstehe nicht in erster Linie durch Alternativenergien, sondern durch frühzeitige, sorgfältige Planung. «Was durch gute Anordnung

der Zimmer, der Leitungen, sowie durch Dämmung und Dichtung an Energie nicht verbraucht wird, muss man auch nicht erzeugen. Meine Beratung zielt darauf hin, mich selbst wegzurationalisieren», lacht der Ingenieur. «Das Problem ist höchstens, dass Häuser nach Minergie-Standard so wenig Energie verbrauchen, dass die Heizungsinstallation selbst überproportional teuer wird.» Er empfiehlt deshalb meist einfache Systeme: eine Wärmepumpe mit Lufttauscher, manchmal mit Erdsonde, oder eine Holzheizung, vielleicht kombiniert mit Sonnenkollektoren. Da im Wallis viele Familien mit einem Durchschnittslohn ihr eigenes Haus bauen, rechnen sie meist sehr knapp.

Manchmal geht es nicht ohne Kompromisse. So gestaltete sich die Erweiterung und Sanierung des Pflegeheims St. Josef in Susten derart langwierig und komplex, dass die Besitzerin sich schliesslich für eine Ölheizung entschied: Mathieus Planung reichte trotzdem für das Label. Es musste auch.

## **Olympiafieber bringt Minergieboom**

Denn für öffentlich subventionierte Gebäude ist seit 1999 Minergie obligatorisch. Der damalige Staatsrat Peter Bodenmann hatte die Olympia-Euphorie genutzt, um das Minergie-Dekret als Tatbeweis für die nachhaltige Entwicklung durchzusetzen. Für Private gibt es Anreize: Sie erhalten 10'000 Franken, können das Grundwasser für eine Wärmepumpe gratis nutzen und erhalten eine um 10% höhere Ausnutzungsziffer geschenkt. Staatsrat Thomas Burgener, Chef des Energiedepartements, freut sich: «Endlich begreifen auch Promotoren, dass diese 10% mehr Ausnutzungsziffer in Mehrfamilienhäusern eine Wohnung mehr bedeutet. Das ist in Tourismusorten wie Saas-Fee oder Zermatt



**«Wir subventionieren nicht Prestigeobjekte, sondern lösen mit dem Minergie-Standard die grösstmögliche Breitenwirkung aus.»**

*Moritz Steiner, Chef der Walliser Dienststelle für Energie.*

bis zu einer Million Franken wert.» Das Minergie-Dekret ist für das energiereiche Wallis ein Glücksfall: An der Urne geht jede grüne Energievorlage bachab, aber dank des sanften Drucks der Subventionen wird energieeffizienter gebaut. Freilich erwachten inzwischen auch die Öko-Gegner aus dem Olympia-Taumel. «Es gab einen ersten Vorstoss gegen das Minergie-Dekret, der aber folgenlos blieb. Im November muss es nun aber in ein neues Rahmengesetz für Energie übergeführt werden. Die Vernehmlassung verlief positiv», erklärt Moritz Steiner, Chef der Dienststelle für Energie, und warnt: «Wenn aber der Bund seine Beiträge kürzt, gibt es sicher Anträge, jene des Kantons gleich mit zu streichen.»

Das wäre das Ende einer Erfolgsgeschichte. 1998 vergab das Wallis ein einziges Label, bis 2001 dann 90, in den letzten 18 Monaten 100. Der Kanton zahlte 2,2 Millionen Subvention für 112'000 Quadratmeter Fläche. Das Wallis hat also fast einen Zehntel der 2000 Schweizer Minergie-Bauten und belegt in der «Labeldichte» den stolzen dritten Platz. «Wir wollen die grösstmögliche Breitenwirkung, und das Programm greift immer besser», freut sich Moritz Steiner. «Deshalb sind wir dagegen, den Standard eventuell zu verschärfen, weil damit die Anzahl der Nutzer sofort sinken würde.»

## **Minergie**

Ein Minergie-Haus braucht 2- bis 3-mal weniger Energie als ein traditionell gebautes. Die wichtigsten Vorschriften des Minergie-Vereins, in dem Bund, Kantone und Fachorganisationen Mitglied sind:

- Maximum 90 kWh/m<sup>2</sup> Verbrauch für Umbauten
- Maximum 45 kWh/m<sup>2</sup> Verbrauch für Neubauten.
- Obligatorischer Einbau einer kontrollierten (mechanischen) Lüftung.



**«Energieeffizienz ist eine Rahmenbedingung wie finanzielle oder technische Zwänge. Wir halten uns daran und machen daraus gute Architektur.»**

*Geneviève Bonnard und Denis Woeffray in ihrem Minergie-Büro in Monthey.*

## Geld und gute Luft überzeugen

Denn selbst energiebewusste Familien – von Baukommissionen für öffentliche Gebäude gar nicht zu reden – müssen den Sinn der Lüftungs- und Dämmvorschriften meist erst konkret spüren. Ingenieur Mathieu führt ihnen deshalb mit einem CO<sub>2</sub>-Vorzeigergerät drastisch vor, wie schlecht die Luftqualität schon eine Stunde nach dem herkömmlichen Lüften in einem Raum ist.

Auch Denis Woeffray, der Mann im renommierten Architekten-Duo Bonnard&Woeffray, erinnert sich an heisse Diskussionen – etwa mit dem Lehrpersonal von Fully, wo eine der ersten Schulen mit Minergie-Obligatorium entstand: «Sie sagten: 20 Kinder ohne Fensteröffnen einen Vormittag lang im Schulzimmer, das geht nicht. Nach dem ersten Schuljahr wissen sie: es geht.»

Für Bonnard & Woeffray ist Minergie keine Glaubenssache: «Energierichtlinien sind Bedingungen wie andere finanzielle und technische Zwänge, wir planen sie selbstverständlich von Anfang an ein und machen damit möglichst gute Architektur.» Die lässt sich sehen und wird gesehen: Im «Quartier des Iles» in St. Maurice stehen ein knallroter und ein quietschgelber kompakter Block mit grosszügigen 5- und 6-Zimmer-Wohnungen und tiefen, im Winter verglasten Balkonen. Die Burgerschaft will sechs weitere Blöcke in Regenbogenfarben bauen: «Ohne die Subventionen hätten wir

nicht Mietwohnungen mit diesem Standard gebaut: Rund 90'000 Franken Mehrkosten bloss für die Schönheit des Labels: nein», sagt Bürgerrat Raphael Farquet.

Diskreter sieht die unterirdische Heizung aus, aber nur von aussen. Der Burgerschaft gefiel die Idee, ihren eigenen Wald zu nutzen, da Kantonsbeiträge 18% der fast 2 Millionen Fran-

ken Investitionen zahlten. Les Iles, alle Schulen des Städtchens und das Sportzentrum werden von einer Holzschnitzelfeuerung mit 1000 KW Leistung beheizt, die selbst Abfallholz schluckt. Ökologische Gründe für die Holznutzung gab es keine, erklärt Farquet, der den Zweckverband «Calorabois» leitet: «Wir haben viele Besucher hier. Was die Leute fasziniert, sind nicht erneuerbare, sondern einheimische Energien! Lokale Produktion, die lokale Wirtschaft unterstützen, das war entscheidend.»

## Breitenwirkung statt Vorzeigobjekte

Im Garten des Energieministers Burgener in Visp schmeckt der kühle Wein der eigenen Reben an diesem warmen Sommerabend doppelt gut. «Kühlung!», betont auch Moritz Steiner nach dem ersten Schluck, «Kühlung ist ein Thema, das wir im Minergie-Verein nach dieser Sommerhitze noch einbringen werden.» Wo setzt seine Dienststelle die Prioritäten? «Dämmen, dämmen, dämmen», hämmert Steiner, «Beiträge im Gebäudebereich sind am wirksamsten, und da vor allem bauliche Massnahmen zur Senkung des Energiebedarfs.» Des-

## EnergieSchweiz: Jetzt sind die ersten Früchte reif

EnergieSchweiz hätte ab 2001 jährlich 150 Millionen Franken gebraucht, um die energiepolitischen Ziele des Bundes zu erfüllen. Es gab dann bloss 55 Millionen, die nun der Bundesrat bis 2006 je nach Stand der Diskussion auf Null, 20 oder 45 Millionen zusammenstauchen will. Die SES titulierte das weit verästelte Paket auch schon als «Bonsai-Programm». Doch das Bäumchen trägt Früchte, um die es jammerschade wäre.

- Spareffekt (2002) 0,8% des Gesamtenergieverbrauchs
- Dadurch eingesparte Energiekosten: 170 Mio. Fr.
- Senkung von CO<sub>2</sub> (2002): 0,8–1%
- Durch EnergieSchweiz ausgelöste Investitionen (2002): 925 Mio. Fr. und 6000 Personenjahre Arbeit
- Eingenommene Mehrwertsteuer dafür: rund 50 Mio. Fr.

Eine gute Hebelwirkung haben die Globalbeiträge an die Kantone, welche diese mindestens verdoppeln müssen, tatsächlich aber vervierfachen.

- Globalbudget an die Kantone: 14,3 Millionen Franken
- Von den Kantonen ausbezahlte Beiträge: 56 Millionen
- Dadurch ausgelöste Investitionen: rund 150 Mio. Franken

Zum Beispiel im Wallis (2002): 400'000 Franken Minergie-Subvention lösen 1,6 Mio. Investitionen aus und sparen total 48'600 MWh Energie (1'200 MWh pro Jahr). 350'000 Fr. für grosse Holzfeuerungen lösten gar 2,4 Mio. Investitionen aus, 170'000 Fr. des Solarprogramms 1,1 Mio. Fr.



**Komplizierte Sanierung, aber mit Minergie: Pflegeheim St. Josef in Susten**

halb steht die Unterstützung des Minergie-Standards kantonal weit vorn an erster Stelle. Der Kanton will das gute Geld dort einsetzen, wo es am meisten bringt. Thomas Burgener weist auf die Walliser Besonderheit hin: «Bei uns sind 60% der Leute Wohneigentümer, gegenüber weniger als 30% im Schweizer Durchschnitt und 10% in Zürich. Wenn mit wenig Mitteln gebaut wird, lösen auch relativ bescheidene Beiträge viel aus.»

An zweiter Stelle folgt die Förderung

der Abwärmenutzung, dann erst erneuerbare Energien. Auch wenn Photovoltaikzellen und Windräder beliebte Vorzeigestücke sind, winkt Steiner ab: «Zu teuer. Solarstrom subventionieren bringt zu wenig Effekt.» Denn die Bundessubventionen werden ab 2004 auch nach Wirksamkeit der Programme abgestuft.

Eine Studie des WWF Wallis wies 1999 bei der kaum genutzten Solarenergie und bei der Waldnutzung viel Aufholbedarf nach, ganz besonders im Unterwallis. Auch der Kanton gesteht diesen Rückstand ein. Jetzt – zwei, drei Jahre nach Programmstart –

zeigen Subventionen für Holz-Grossfeuerungen und ein Solarkollektoren-Programm erste Effekte: 1,2 Millionen Franken Beiträge brachten 6,8 Millionen Investitionen in 430 Häusern. Thomas Burgener hofft vor allem auf Umbauten: «Jetzt dürfen wir auch wirtschaftspolitisch gesehen nicht Subventionen für den Energiebereich abbauen. Was wir bräuchten, wäre vielmehr ein Investitionsprogramm für Sanierungen. Da gibt es energie- und beschäftigungspolitisch ein riesiges Potenzial.»

## Denken für mehrere Generationen

Eine solche Minergie-Sanierung erprobt der Elektriker Reinhard Ritz in Niederwald im Goms (1250 mü.M.). Das Dorfbild ist von nationaler Bedeutung, die traditionellen Holzfassaden mit Sprossenfenstern also sakrosankt. Ritz' Haus gehört zu den neueren, es stammt aus dem 18. Jahrhundert. Er erzählt: «Ich habe mit Asthma zu kämpfen und interessierte mich deshalb für die kontrollierte Lüftung. Wir haben eine Stückholzheizung, mit einem 3000-Liter-Wasserkessel als Speicher, und Fenster mit einem K-Wert von 1,1.» Die Subvention bezahlt die Lüftung und einen Teil der 17-cm-Isolation, weil Ritz mit viel Eigenarbeit und minimalem Budget baut. Sonnenkollektoren liegen noch nicht drin, aber der Anschluss ist vorgesehen: Schliesslich denkt man hier für mehrere Generationen. □



**«Jetzt dürfen wir nicht Subventionen abbauen, wir brauchen ein Investitionsprogramm für Sanierungen: energie- und beschäftigungspolitisch ein riesiges Potenzial.»**

Thomas Burgener, Walliser Staatsrat.

## Kantone rügen Bundesrat

Falls der Bund die Beiträge kürzt, kappt er damit Investitionen um ein Mehrfaches und stoppt faktisch den Vollzug des Energie- und des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Die Konferenz der kantonalen Energiedirektoren reagierte entsetzt und bezeichnete es in einer Aktennotiz als «unredlich, ohne entsprechende breite politische Diskussion eine verfassungsrechtliche Aufgabe durch die ‚finanzpolitische Hintertüre‘ derart zu schwächen.» Für eine Kürzung des Programms um 64% gebe es weder «rechtlich noch sachlich stichhaltige Gründe.»

Der Walliser Staatsrat Thomas Burgener befürchtet: «Damit wird eine unheilvolle Kettenreaktion ausgelöst. Kantonale Mittel für die Energiepolitik werden wahrscheinlich gestrichen, und die ganze Aufbauarbeit seit 1991, die jetzt endlich greift, würde zerstört – mit fatalen beschäftigungspolitischen Folgen.»

Immerhin bezeichnete der Bundesrat selbst in seiner «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002» die CO<sub>2</sub>-Reduktion als Priorität: EnergieSchweiz sei die Grundlage der Politik zugunsten einer nachhaltigen Energiepolitik. Der Bundesrat versprach damals, «mit Nachdruck eine wirkungsvolle Umsetzung dieser Massnahmen voranzutreiben»!

# Bürgerliches Flipperspiel mit der Umweltpolitik

**Nach dem AKW-Moratoriumsentscheid von 1990 kam in der Schweiz so etwas wie energiepolitische Aufbruchstimmung auf. Das Bundesprogramm Energie-2000 wurde mit grossem Enthusiasmus lanciert. Heute kämpft das Nachfolgeprogramm EnergieSchweiz ums nackte Überleben. Den Preis für dessen Fortführung soll das BUWAL bezahlen. Die Würfel fallen in der Herbstsession.**

*Von Armin Braunwalder,  
SES-Geschäftsleiter*

Das waren noch Zeiten. «Volksabstimmungen können die politische Landschaft in unserem Land manchmal auch verändern, entgegen allen Behauptungen, Bern mache doch, was es wolle, und entgegen aller Resignation bezüglich der Wirksamkeit unserer direkten Demokratie. Der 23. September 1990 brachte eine radikale Änderung in der Energiepolitik.» So beschrieb Hans Luzius Schmid ein Jahr nach dem Ja des Volkes zum AKW-Moratorium und zum Energieartikel die energiepolitische Lage in Energie&Umwelt (3/91). Schmid war damals Vizedirektor beim Bundesamt für Energiewirtschaft. Er wurde als Folge des Volksentscheids Leiter des Aktionsprogramms Energie-2000 und des Nachfolgeprogramms EnergieSchweiz. Hans Luzius Schmid, heute Vizedirektor des Bundesamtes für

Energie und unermüdlicher Kämpfer für effizientere Energienutzung und erneuerbare Energien, wird nächstes Jahr pensioniert. Und fast wäre mit ihm auch «sein» EnergieSchweiz vom Bundesrat mit dem Entlastungsprogramm frühzeitig in Pension geschickt worden. So weit kommt es nach heftigen Protesten von Kantonen und Umweltorganisationen nicht. Selbst der mächtige Wirtschaftsverband *économiesuisse*, der in den letzten Jahren jegliche energie- und umweltpolitischen Fortschritte erfolgreich verhindert hat, gesellte sich zu den Fürsprechern von EnergieSchweiz. Das erstaunt nicht: Die Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) erhielt im Rahmen von EnergieSchweiz in den letzten drei Jahren 8,3 Millionen Franken. Ziel dieser Agentur ist es, Unternehmen zu freiwilligen CO<sub>2</sub>-Reduktionsmassnahmen zu motivieren, um so der CO<sub>2</sub>-Abgabe zu entgehen. Mit der Weiterführung von EnergieSchweiz schlägt *économiesuisse* gleich mehre-

re Fliegen auf einen Streich: Die Mittel für das Programm werden im Sinne des Wirtschaftsverbands massiv gekürzt, die Energie- und Klimapolitik weiter zurückgebunden. Die EnAW wird weiter vom Staat subventioniert, wenn auch etwas schmaler. Und mit dem Verweis auf «erfolgreiche freiwillige Massnahmen» kann die CO<sub>2</sub>-Abgabe weiterhin blockiert werden. Da trifft es sich ausgezeichnet, dass die Erdölvereinigung mit dem freiwilligen «Klimarappen» auch noch einen billigen Ablasshandel lanciert hat, welcher die CO<sub>2</sub>-Abgabe endgültig zu versenken droht (vgl. Seiten 18/19).

## Abbruch GmbH am Werk

Die Energie- und Klimapolitik hat sich radikal geändert – aber nicht so, wie es Hans Luzius Schmid 1991 formuliert hat. Die Aufbruchstimmung von damals ist verfliegen. Der Generalangriff der bürgerlichen Abbruch GmbH im Bundeshaus – orchestriert und dirigiert von *économiesuisse* – schlägt über die Finanzpolitik brutal durch. Jetzt wird Umweltpolitik über die Finanzpolitik gemacht. Nach dem Motto: Wer nicht spurt, dem wird der Geldhahn abgedreht. Das Entlastungsprogramm von Finanzminister Villiger wird so zum Terrain für das Flipperspiel mit der Umweltpolitik: Die Kugel wird auf EnergieSchweiz gespielt. Der Abpraller trifft jetzt das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft. Das BUWAL soll für die 20 oder 30 «Milliönchen», die EnergieSchweiz verbleiben sollen, entsprechend mehr bluten. Der Präsident der ständerätlichen Spezialkommission zum Entlastungsprogramm, Hansheiri Inderkum aus Uri, auf die Frage nach den Konsequenzen auf den Vollzug von gesetzlichen Aufträ-

## Ein neuer Sparvorschlag

Für *économiesuisse* sind «Energieversorgung und Energieeffizienz grundsätzlich Sache der Wirtschaft». Der Staat habe lediglich die Rahmenbedingungen zu schaffen. In seiner Stellungnahme zum Entlastungsprogramm erklärt *économiesuisse*: «Es gibt keinen sachlich überzeugenden Grund, das Programm EnergieSchweiz von den Sparmassnahmen auszuklammern.» Die Sparvorgabe von 55 Mio. Franken müsse beibehalten werden. Die Beiträge an erneuerbare Energien seien wesentlich zu hoch. Bei Pilot- und Demonstrationsanlagen, Basisdokumentationen und Marketing müsse «sehr stark reduziert werden». Auch die Globalbeiträge an die Kantone enthielten «Kürzungspotenzial». Allerdings – so *économiesuisse* – hätten sich gewisse Programmteile bewährt, «so z.B. die Energieagentur der Wirtschaft.» Diese solle weiterhin unterstützt werden. Mit Verlaub: Wenn diese Agentur so erfolgreich ist (sie beschäftigt 60 «Moderatoren»), kann sie sich über eingesparte Energie von Unternehmen und vermiedene CO<sub>2</sub>-Abgabekosten locker selber finanzieren. Genau so funktioniert nämlich Contracting. Das entlastet EnergieSchweiz um 2 Millionen Franken pro Jahr (2003).





*Hans Luzius Schmid, Leiter EnergieSchweiz und Vizedirektor Bundesamt für Energie, anlässlich dem Ja zum AKW-Moratorium 1990: «Der 23. September 1990 brachte eine radikale Änderung in der Energiepolitik.»*

gen: «Das wissen wir nicht.» So einfach ist Politik.

«Der Bundesrat macht nicht nur eine Kehrtwende in der Nachhaltigkeitspolitik, sondern er verstösst auch gegen die energiepolitischen Forderungen von Bundesverfassung, Energiegesetz und CO<sub>2</sub>-Gesetz.» Das sagt einer, der von seiner Loyalitätspflicht gegenüber dem Bundesrat befreit ist: Eduard Kiener, pensionierter Direktor des Bundesamtes für Energie (NZZ, 15.8.03). Er hat den Energienutzungsbeschluss anfangs der 90er Jahre auf den Weg gebracht, den das Parlament mit der Ablösung durch das Energiegesetz zu einem zahnlosen Tiger zurückgestutzt hat. Den Rest hat économiessuisse mit einer millionenschweren Propagandawalze erledigt: Nein zur Solar-Initiative, Nein zur Förderabgabe für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Nein zum Einstieg in die ökologische Steuerreform, Nein zu MoratoriumPlus, Nein zu Strom ohne Atom. Die Schweizer Energie- und Klimapolitik kommt nicht mehr vom Fleck. Sie nähert sich dem Grounding. Heute muss man schon die Champagnerkorken knallen lassen, wenn das Programm EnergieSchweiz nur halb totgeschlagen und das BUWAL nicht gleich abgeschafft wird.



## **Zu viel zum Sterben – zu wenig zum Leben**

Zuerst wollte der Bundesrat das Programm EnergieSchweiz ganz streichen. Kantone, Umwelt- und Partnerorganisationen des Programms machten kräftig politischen Druck. Auch die SES. Dann krebste der Bundesrat zurück. Er will EnergieSchweiz nicht ganz, sondern nur halb abschaffen. Daran ändert sich grundsätzlich auch nichts, wenn das Parlament noch ein paar Millionen drauflegt. Die SES hat zum Rückzieher des Bundesrates folgendermassen Stellung genommen: «Die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) ist enttäuscht vom widersprüchlichen Entscheid des Bundesrates zum Programm EnergieSchweiz im Rahmen des Entlastungsprogramms. Für die Fortführung des Programms blieben statt der heutigen 55 Millionen Franken pro Jahr nur noch 20 Millionen Franken jährlich. Das bedeutet eine substanzielle Schwächung der bisherigen Massnahmen im Bereich der rationellen Energienutzung und der erneuerbaren Energien.

Die Schweizerische Energie-Stiftung fordert nach wie vor, dass das Programm EnergieSchweiz gänzlich vom Entlastungsprogramm ausgenommen wird. Die Energie- und Klimapolitik des Bundes muss nicht abgebaut, sondern verstärkt und auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden. Die SES fordert eine Verdoppelung des Jahresbudgets von EnergieSchweiz auf 100 Millionen Franken. Dadurch können nicht nur die positiven Wirkungen des Programms in den Bereichen rationelle Energienutzung und erneuerbare Energien erhöht werden. Auch die Bundeskasse profitiert: Untersuchungen belegen, dass der Bund durch die ausgelösten Investitionen des Programms über die Mehrwertsteuer mehr einnimmt als er für EnergieSchweiz ausgibt.

Mit dem heutigen Entscheid will der Bundesrat dem Programm EnergieSchweiz zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben geben. Der Bundesrat missachtet damit nicht nur verfassungsmässige und völkerrechtliche Verpflichtungen. Er nimmt es auch in Kauf, dass er ein finanzpolitisches Eigentor erster Güte schießt.»

# Sisyphus als Programm

Die Verantwortlichen des Programms EnergieSchweiz sind wirklich nicht zu beneiden: Energiepolitisches Stop and Go im Bundeshaus und fehlende gesetzliche Rahmenbedingungen machen ihre Aufgabe zur Sisyphusarbeit. Die Beteuerung «wir sind auf Zielkurs» ist reiner Zweckoptimismus. Dennoch gibt es beachtliche Erfolge.

Von Armin Braunwalder,  
SES-Geschäftsleiter

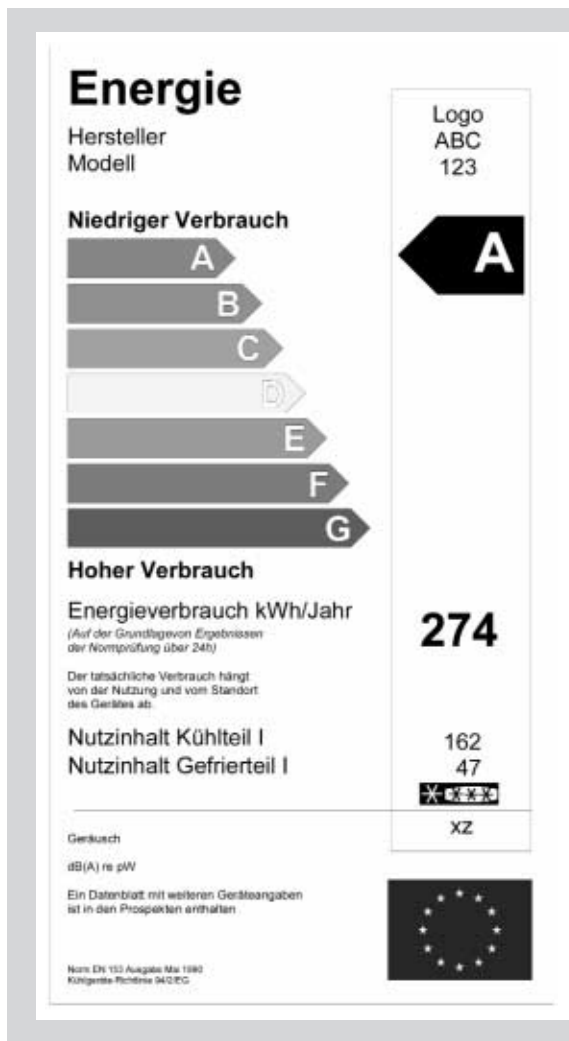
Mit dem Aktionsprogramm Energie-2000 legte der Bundesrat am 27. Februar 1991 erstmals politisch verpflichtende Ziele für den Energieverbrauch und den Beitrag der erneuerbaren Energien fest: Der Verbrauch von fossiler Energie und die CO<sub>2</sub>-Emissionen sollten zwischen 1990 und 2000 stabilisiert und anschliessend gesenkt

werden. Auch der Elektrizitätsverbrauch sollte ab 2000 stabilisiert werden. Der Bund gab zwar Zielwerte vor, erliess aber keine zwingenden Vorschriften für Geräte und Fahrzeuge. Das Prinzip «Freiwilligkeit» wurde zum dominierenden Faktor in der Energiepolitik.

Den hehren Zielen folgte der finanzielle Rückzug. Das Budget des Bundes für das Aktionsprogramm wurde von den ursprünglich vorgesehenen

170 Millionen Franken pro Jahr auf bescheidene 55 Millionen Franken pro Jahr zusammengekürzt. Das entspricht gerade mal 2,6 Promille der schweizerischen Energieausgaben von 22,5 Milliarden Franken im Jahr 2002. Mit diesem Bonsai-Budget den Energiemarkt beeinflussen zu wollen, gleicht dem Bild von der Maus, die einen Elefanten schultern soll.

Die Bilanz des Programms kann deshalb nicht erstaunen. Der Gesamtenergieverbrauch hat zehn Jahre nach Lancierung von «Energie-2000» im Jahr 2001 einen neuen Höchststand erreicht. Gegenüber diesem Höchstniveau sank der Energieverbrauch im Jahr 2002 um 2,1%. Erklärung des Bundesamtes für Energie (BFE) in der Gesamtenergiestatistik: «Das Jahr 2002 war sehr warm. Das Bruttoinlandprodukt blieb praktisch unverän-



## Energiedeklaration ungenügend

Nach einer 12-monatigen Übergangsfrist ist es für die Anbieter seit anfangs Jahr gemäss Energieverordnung vorgeschrieben, Haushalts-grossgeräte wie Waschmaschinen, Geschirrspüler, Lampen, Kühl- und Gefriergeräte sowie Tumbler mit einer Energieetikette zu versehen. Auch Lampen bzw. deren Verpackungen sind der Deklarationspflicht unterstellt. Damit können Konsumentinnen und Konsumenten auf einer Skala von A bis G erkennen, ob es sich um ein energieeffizientes (A) oder stromfressendes Gerät (G) handelt. Eine gesamtschweizerische Untersuchung von «Alec – Allianz Energie – Konsum»<sup>1</sup> zeigt jedoch, dass es mit der Umsetzung noch gewaltig hapert: mehr als 40% der untersuchten Geräte sind nicht korrekt etikettiert. Alec zieht aus der breit angelegten Untersuchung unter anderem folgende Schlüsse:

- Das Tempo der Entwicklung ist zu langsam. Das BFE wird eine Nachkontrolle anordnen müssen, die unter Umständen die im Energiegesetz vorgesehenen Sanktionen nach sich ziehen kann.
- Das BFE muss die Einführung der Energieetikette für weitere Gerätekategorien in der EU und der Schweiz fördern.
- Der Handel muss endlich in allen Werbemitteln den Energieverbrauch bzw. die Energieklasse der beworbenen Geräte korrekt auf-führen.
- Das Verkaufspersonal muss dringend hinsichtlich Kompetenz und Wissen des Energiesparens geschult werden.

Das lausige Ergebnis hat nun das Bundesamt für Energie (BFE) auf den Plan gerufen. Es hat Electrosuisse und das Eidgenössische Starkstrominspektorat mit der Kontrolle betraut. Laut Energiegesetz kann das BFE bis maximal 40'000 Franken Busse aussprechen.

1 Marktcheck 2003, ACSI/FRC/S.A.F.E./SES/SKS/WWF, August 2003, [www.energieeffizienz.ch](http://www.energieeffizienz.ch)



*EnergieSchweiz:  
«Wir sind auf Zielkurs.»*

dert. Die industrielle Produktion sank um 5,6 Prozent. Der markante Absatzrückgang der Flugtreibstoffe ist ein Abbild der Lage im Flugverkehr.» Mit anderen Worten: Zieht die Wirtschaft wieder an, steigt der Energieverbrauch weiter. Immerhin: Obwohl die Zahl der Motorfahrzeuge seit 1990 um 27% zugenommen hat, stagniert der Benzinabsatz «auf hohem Niveau» (BFE). Der nicht genau fassbare Tanktourismus an der Landesgrenze erschwere zwar die Analyse. Aber für das BFE ist klar: «Die Anstrengungen von EnergieSchweiz zeigen zunehmend Wirkung.» Dafür handelt man sich andere Probleme ein: Der vom BFE und Energieminister Moritz Leuenberger unterstützte Trend zu mehr Dieselfahrzeugen erhöht den Ausstoss krebs-erregender Luftpartikel und der Vorläufersubstanzen der Ozonbildung.

### **Bilanz: niederschmetternd**

Trotz messbarer und belegter Erfolge des Programms Energie-2000 und des Nachfolgers EnergieSchweiz (vgl. Kasten) ist die Gesamtbilanz niederschmetternd: Zwischen 1990 und 2000 nahm der Verbrauch fossiler Energien um 8,9 Prozent, der Stromverbrauch um 12 Prozent zu. Im Schlussbericht des Programms Energie-2000 wird das nicht beschönigt: Wachsende Bestände von Motorfahrzeugen, Wohnungen, Apparaten und Geräten haben die technischen Effizienzgewinne mehr als aufgeessen. Laut BFE ist auch die

Stabilisierung des Elektrizitätsverbrauchs nach dem Jahr 2000 «aufgrund der bisherigen Politik und bei einem gedeihlichen Wirtschaftswachstum nicht absehbar.» Also passt man das Ziel an: Gemäss EnergieSchweiz soll der Verbrauch von Elektrizität zwischen 2000 und 2010 um maximal 5 Prozent zunehmen. Dieses Soll ist je

nach Lesart bereits überschritten (2000–2002: + 5,4%) oder schon fast ausgeschöpft (2001–2002: + 3,1%)... – Wie lange noch soll das Bundesamt für Energie unter den geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen Sisyphusarbeit leisten? □

## **Öffentliche Finanzen profitieren**

«Energie-2000» hat mit einem Gesamtbudget von 558 Mio. Franken über 10 Jahre hinweg knapp 20% des Gesamtenergieverbrauchs von 1999 eingespart. Dies entspricht vermiedenen Energiekosten von 4,7 Milliarden Franken. Gleichzeitig reduzierte das Programm den CO<sub>2</sub>-Ausstoss um gut 10 Millionen Tonnen und löste Investitionen von 4,4 Milliarden Franken aus. Damit wurde ein Arbeitsvolumen von fast 40'000 Personenjahren geschaffen. Allein diese Kennzahlen sprechen für die Verstärkung des Folgeprogramms EnergieSchweiz, wie dies die SES fordert. Dass dies in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation genau die richtige Massnahme ist, untermauert eine aktuelle Studie von INFRAS:<sup>2</sup>

- EnergieSchweiz bewirkt einen Strukturwandel in der Energiewirtschaft und hat damit auch signifikante volkswirtschaftliche Auswirkungen. Gefördert werden Investitionen in innovative, zukunftsorientierte Branchen und Arbeitsplätze.
- Mit den erzielten energetischen Wirkungen ist eine Substitution des Imports fossiler Energien durch Investitionen in die einheimischen Märkte der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien verbunden.
- Diese Investitionen führen zu zusätzlicher Beschäftigung und damit zu positiven Arbeitsmarktwirkungen.
- Insgesamt zahlt sich dieser Strukturwandel auch für die öffentlichen Finanzen aus, da die Mehrkosten (Programmkosten) und Mindereinnahmen (reduziertes Abgabenaufkommen auf den eingesparten herkömmlichen Energien) durch die Reduktion der Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer deutlich kompensiert werden.

<sup>2</sup> *Volkswirtschaftliche Bedeutung von EnergieSchweiz, Zürich, Juli 2003*

# Autofahren mit besserem Gewissen

**Eco-Drive ist ein Teilprogramm von EnergieSchweiz im Bereich Mobilität. Durch sparsames Autofahren mit Eco-Drive lässt sich der Treibstoffverbrauch um bis zu 15 Prozent reduzieren. Die SES fordert deshalb, dass Eco-Drive ein zwingender Bestandteil der Fahrprüfung und längerfristig für sämtliche FahrzeuglenkerInnen obligatorisch wird.**



**Von Bernhard Piller, Mitglied der SES-Geschäftsleitung**

Mehr als die Hälfte der in der Schweiz verbrauchten fossilen Energieträger werden als Treibstoffe verbraucht. Der Verkehr ist der grösste und am stärksten wachsende Verursacher von CO<sub>2</sub>. Eco-Drive – ein Programm von EnergieSchweiz im Bereich Mobilität – möchte mit einer sparsameren Fahrweise einen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion leisten. Ziel der Eco-Drive-Kurse ist es, den Treibstoffverbrauch mittels der Eco-Drive-Fahrweise zu reduzieren. Die vier so genannten goldenen Regeln sind – gemäss Quality Alliance Eco-Drive (QAED) – die folgenden: Das Fahren im höchstmöglichen

Gang, das zügige Beschleunigen, früh hochschalten (bei 2000 bis 2500 Touren), spät herunterschalten, vorausschauende und gleichmässige Fahrweise, unnötige Brems- und Schaltmanöver vermeiden. Wird zudem das Fahrzeug noch regelmässig gewartet, der Motor gut geschmiert, kein unnötiger Ballast herumkutschert, der nicht benötigte Dachträger abmontiert und stimmt auch noch der Reifendruck, so kann bis zu 20 Prozent Treibstoff eingespart werden.<sup>1</sup>

## Ein Tropfen auf den heissen Stein

Eco-Drive bekam in den Jahren 2002 und 2003 jeweils knapp 1,2 Mio. Franken aus dem Programm EnergieSchweiz. Das ist der grösste finanzielle Beitrag im Sektor Mobilität. Auf's Gesamtbudget von EnergieSchweiz gerechnet, macht dies aber nur knapp 2,2 Prozent. Die Wirkungsanalyse von Infras bescheinigt der Eco-Drive-Fahrweise eine erwartete energetische Wirkung von 1'605 Terajoule (TJ) fürs Jahr 2002, was ungefähr im Mittelfeld aller EnergieSchweiz-Projekte liegt. Bei der Kostenwirksamkeit liegt unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Kosten Eco-Drive sogar an dritter Stelle hinter Mobility und EnergieSchweiz für Gemeinden. Im Jahr 2002 wurden immerhin 36'244 Personen in der Eco-Drive-Fahrweise ausgebildet. Trotzdem sind diese Kurse nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

Die Wirkungsanalyse von Infras stützt sich auf die Eco-Drive-Evaluationsstudien des Büros für Raum- und Umweltplanung Bern. Dabei wurden statistisch signifikante Unterschiede zwischen Personen mit und solchen ohne Eco-Drive-Erfahrung festgestellt. Die Treibstoffeinsparung liegt bei Personen mit Eco-Drive-Kenntnissen im Mittel bei 10–15 Prozent. Bei der Evaluation der Eco-Drive-Simulator-Kurse konnte sogar eine Ersparnis von 17 Prozent nachgewiesen werden.<sup>2</sup> Der durchschnittliche zeitliche Abstand zwischen Testfahrt 1 und Testfahrt 2, also der Testfahrt vor und der nach dem Kurs beträgt 50 Tage. Die Frage stellt sich nun, sind Eco-DriverInnen nachhaltige

## Sparen mit Eco-Drive

Bei einer durchschnittlichen Kilometerleistung pro Personenwagen in der Schweiz von 13'000 km pro Jahr, einem Benzinpreis von 1.40 Fr./l und dem Durchschnittsverbrauch aller PWs von 8,4 l/100 km lassen sich die Kurskosten von 310.– Fr. für einen Eco-Drive-Tageskurs und konservativ gerechneten 10% Minderverbrauch durch die Eco-Drive Fahrweise innerhalb von zwei Jahren einsparen. Danach wird mit Eco-Drive nur noch Geld gespart. Würde nur mit Kosten des Simulatorkurses und einem Spritminderverbrauch von 15% gerechnet, wäre die Investition in weniger als einem Jahr amortisiert.

<sup>1</sup> Weitere Informationen zur Eco-Drive-Fahrweise unter [www.energie-schweiz.ch](http://www.energie-schweiz.ch) und [www.eco-drive.ch](http://www.eco-drive.ch)

<sup>2</sup> [www.eco-drive.ch/de/d\\_downloads.htm](http://www.eco-drive.ch/de/d_downloads.htm)

SparfahrerInnen? Das Fazit der Eco-Drive-VertreterInnen lautet: «Gelernt ist gelernt, wer die Fahrweise internalisiert hat, fährt immer so». Dies betonen auch Ernst Hug, Präsident des Vereins Eco-Drive, und Peter Koch, Geschäftsleiter des Driving Centers Veltheim.

## Eco-Drive – ein ökologisches Feigenblatt?

Zweifel sind aber durchaus angebracht. Fahren die KursbesucherInnen nach ein, fünf oder zehn Jahren immer noch so, wie sie es in einem zweistündigen Simulatorkurs gelernt haben? Dieser Nachhaltigkeitsbeweis ist noch ausstehend.

Übrigens werden im Driving Center Veltheim, wo die weitaus meisten Eco-Drive-Kurse besucht werden, in erster Linie andere Kurse angeboten. Zwar finden durchaus sinnvolle Sicherheitstrainings statt, aber eben auch spassig-sportliche Kurse wie Geländefahrkurse, um ein «Off-Road-Feeling» zu bekommen, oder Kurse auf Rennstrecken, bei denen es nur um ein machoides Geschwindigkeitsfeeling geht und dem Auto-Kult gefrönt wird. Es stellt sich die Frage, inwieweit Eco-Drive nicht einfach nur ein ökologisches Feigenblatt des Driving Centers Veltheim ist.

Ein weiteres Ziel von EnergieSchweiz ist die mit der Autobranche vereinbarte Absenkung des Treibstoffverbrauchs von Personenwagen von 8,4 Litern im Jahr 2000 auf 6,4 Liter im Jahr 2008. Auf die Frage, ob in den Eco-Drive-Kursen auch auf die Energieetikette für Personenwagen und das Ziel, den Gesamtflottenverbrauch zu senken, hingewiesen wird, sagt Peter Koch: «Nein, das ist nicht das primäre Ziel der Kurse». Ernst Hug, Präsident von Eco-Drive, stellt den Sinn der Energieetikette gleich ganz in Frage. Pauschal meint er, da würden doch nur die «Familienväter» bestraft, die auf grosse Autos angewiesen seien.

Der SES erscheint es aber von grosser Bedeutung, Einfluss auf die Flottenpolitik zu nehmen, zumal das jährliche Reduktionsziel von 0,25 l/100 km bis jetzt deutlich verfehlt wurde.

## Eco-Drive für alle

Dieses Ziel bleibt in weiter Ferne, wenn nicht schleunigst die CO<sub>2</sub>-Abgabe eingeführt wird. In vorausgehendem Gehorsam hat Bundesrat Leuenberger

## Wasser predigen, aber Wein trinken

Peter Koch, Geschäftsleiter des Driving Centers Veltheim fährt einen BMW X5, Gesamtverbrauch nach TCS 13,9 l/100 km, Effizienzklasse F. Eco-Drive-Chef Instruktor Peter Kupferschmid fährt einen Subaru Impreza, Gesamtverbrauch nach TCS 11,1 l/100 km, Effizienzklasse G. Ernst Hug, Präsident von Quality Alliance Eco-Drive fährt einen BMW 330CI, welcher auf einen Gesamtverbrauch von 10,2 l/100 km kommt und der Kategorie E angehört.

Sowohl Koch wie auch Hug bestätigten im Gespräch, sie selber würden konsequent die Eco-Drive-Fahrweise anwenden und so gut 1,5 l/100 km weniger Sprit benötigen, als in der Verbrauchsstatistik des TCS angegeben. Sie würden nicht Wasser predigen und Wein trinken. Das ist eine seltsame Logik: Kaufe einen Benzinsäufer und mässige seinen Durst mit Eco-Drive. Vielleicht schauen die Herren beim nächsten Autokauf ein bisschen genauer hin: Innerhalb ihrer Fahrzeugkategorie gibt es nämlich deutlich sparsamere Autos mit einer besseren Energieetikette. Oder die Herren Koch, Kupferschmid und Hug posten sich gleich ein 5-Liter Auto.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Mehr zu Energieetikette, Fahrzeugkategorien und Treibstoffverbrauch und deren Energieetikette unter: [www.energieetikette.ch/autos/d/index.htm](http://www.energieetikette.ch/autos/d/index.htm)

deren Einführung schon mal auf frühestens 2005 hinausgeschoben. Noch im Herbst 2000 priesen bürgerliche Parteien und Autolobby die CO<sub>2</sub>-Abgabe als «bessere Alternative» zu den Energieabgaben. Davon wollen sie jetzt nichts mehr wissen. Daran sollte Bundesrat Leuenberger die Wendehälse erinnern. Es führt kein Weg daran vorbei: Das Mobilitätsverhalten lässt sich nur über das Portemonnaie der BürgerInnen wirksam und nachhaltig beeinflussen. Die freiwillige Eco-Drive-Fahrweise ist völlig ungenügend, um das Reduktionsziel beim Treibstoff zu erreichen. Es ist eine Binsenwahrheit, dass auf freiwilliger Basis nur ein geringer Prozentsatz der BürgerInnen zum Handeln bewegt werden kann. Und sie gehören tendenziell meist zu denjenigen, die eh schon sensibilisiert sind. Die SES fordert deshalb, dass Eco-Drive-Kurse ab sofort obligatori-

scher Teil der Fahrprüfung sein müssten. Nach Auskunft von Felix Knöpfel, Geschäftsführer des Zentralverbandes der Autofahrlehrer (AZV), wurde eine diesbezügliche Eingabe im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens für einen Zwei-Phasen-Fahrausweis bereits gemacht. Dies kann aber nur ein erster Schritt sein. Innerhalb zehn Jahren müssen alle FahrzeuglenkerInnen auf eigene Kosten einen Eco-Drive-Kurs absolvieren. Die Übernahme der Kosten für den Kurs ist gerechtfertigt, weil sie durch die Einsparung von Treibstoff in kurzer Zeit mehr als wettgemacht wird – vergleiche Kasten: Sparen mit Eco-Drive. So liessen sich die bei EnergieSchweiz eingesetzten 1,2 Millionen Franken für Eco-Drive sinnvoll einsparen. Dafür könnte zum Beispiel der Fuss- und Veloverkehr stärker gefördert werden...

□



# Stilllegung oder Entsorgung oder was? – Ein Gemauschel mit Begriffen und Zahlen

**Ob mit Absicht geschaffen oder nicht: Bei Stilllegungs- und Entsorgungsfonds herrscht ein begriffliches Chaos, in dem sich seltsame Expertisen, sonderbare Finanz-Anlagekonzepte und leere Kassen wunderbar verstecken können.**



Von Dieter Kuhn,  
Vizepräsident der  
SES

Art. 10 des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz von 1978 sagt klar: «Wer radioaktive Abfälle erzeugt, hat auf eigene Kosten für deren sichere Beseitigung zu sorgen.» Darum wurde 1984 der Stilllegungsfonds für Kernanlagen gegründet. Er muss dereinst die Kosten decken, die bei Stilllegung und Abbruch der AKWs und bei der Entsorgung der dabei entstehenden Abfälle anfallen.

## SES reichte Aufsichtsbeschwerde ein

1999 reichten die SES und das nordwestschweizerische Komitee gegen Atomkraftwerke (NWA) eine Aufsichtsbeschwerde gegen den Bundesrat ein, weil die Finanzierung der Atommüllentsorgung nicht gesichert war. Mit Entsorgung war insbesondere das Problem der sicheren «Endlagerung» des radioaktiven Inventars, also des radioaktiv verstrahlten Inhalts, der AKWs gemeint. Damals, vor vier Jahren, ging man von schätzungsweise 13,7 Milliarden Franken Entsorgungskosten und 1,5 Milliarden Franken Stilllegungskosten aus. Mit einer Bundesratsverordnung wurde 2000 endlich der Entsorgungsfonds geschaffen. Er muss die Kosten decken, die bei der Entsorgung der Betriebsabfälle und der abgebrannten Brennelemente nach Ausserbetriebnahme eines AKWs anfallen. Im Jahr

2001 wurde erstmals Geld in diesen Fonds einbezahlt. Bezogen auf die Zahlen von 1999 ist unterdessen der Stilllegungsfonds bereits zu etwa einem Drittel gefüllt, während der Pegelstand des Entsorgungsfonds erst bei etwa 10 Prozent steht.

Es stellen sich zumindest drei Fragen: Bei welchem Geldbetrag sagen wir: «Der Fonds ist voll?» Woher wollen wir wissen, wie viel Geld die Stilllegung bzw. Entsorgung kosten wird? Wie werden solche Geldbeträge während so langer Zeit gewinnbringend oder zumindest Wert erhaltend angelegt, um dann zur Verfügung zu stehen, wenn man sie braucht? Ausserdem: Wie sinnvoll und praktikabel ist die begriffliche Trennung in Stilllegungs- und Entsorgungskosten? Ist sie vielleicht etwas künstlich und soll sie einfach die Tatsache überspielen, dass es der Bundesrat in den Achtziger- und Neunziger-Jahren verpasst hat, die Geldmittel für die Entsorgung sicherzustellen?

## Äpfel mit Birnen vergleichen...

Bei der Stilllegung geht es um grosse Materialmengen, nämlich um Hunderttausende von Tonnen! Dieser Beton und Stahl ist zum grössten Teil gar nicht radioaktiv und kann konventionell recycelt werden. Der kleinere Teil ist schwach- und nur der geringste Teil mittelaktiv. Das erklärt die relativ bescheidenen und recht gut abschätzbaren Kosten. Allerdings: Unsere AKWs haben zweifellos weit mehr als die Hälfte ihrer Laufzeit hinter sich, während der Fonds (bezogen auf die Zahlen von 1999) erst zu etwa einem Drittel gefüllt ist...

Und noch ein Wermutstropfen: Der Schätzwert für die Stilllegungskosten steigt. Waren es bisher 1,5 Milliarden Franken, so sind es neuerdings 1,9 Milliarden Franken. Der neue Wert stützt sich auf eine Studie der deutschen Firma NIS Ingenieurgesellschaft GmbH. Die Studie umfasst Stilllegung, Rückbau «bis zur grünen Wiese» und Grenzkosten für geologische Tiefenlagerung. Wie ist die Aussagekraft einer solchen Studie zu beurteilen?

Dr. Ulrich Schmocker, Direktor der Hauptabteilung für die Sicherheit von Kernanlagen (HSK) beurteilt die Studie als gut und argumentiert, dieselbe



Firma habe auch für das AKW Greifswald (1000-MW-Klasse; siehe Tabelle AKW-Abbruch in Deutschland) eine Studie gemacht. Sie habe Kosten von 300 bis 400 Millionen Euro ermittelt, was kompatibel mit den Daten für die Schweiz sei. Nun findet man allerdings für den Abbruch der AKWs von Würgassen und Greifswald überall viel höhere Zahlen!

Dr. Ulrich Schmocker begründet die viel höheren Abbruchkosten so: Die Stilllegung von Würgassen kostet zirka 1 Milliarde Euro, weil dort neue Techniken und Methoden erprobt und optimiert werden. Entscheidender Unterschied zur Schweiz sei, dass in diesem Betrag auch die Entsorgung der Brennelemente enthalten sei. In der Schweiz wird dafür eben gerade der Entsorgungsfonds benutzt. Darum seien die Zahlen nicht vergleichbar.

### Entsorgungskosten auf wundersame Weise gesunken

Also schauen wir uns die Entsorgung an: Hier geht es um einige wenige Tonnen Material, die aber hoch radioaktiv sind. (Zum Vergleich: Die Stilllegung kümmert sich quasi um das «Auto», die Entsorgung um den «Zigaretten-Anzünder». Nur kann ein Zigaretten-Anzünder, im Unterschied zum radioaktiven Inventar eines AKWs, problemlos entfernt und separat entsorgt werden!) Bei uns in der Schweiz besteht der Fonds zur Bezahlung dieser hohen, schwer abschätzbaren Kosten noch nicht lange und ist noch fast leer! Und nun die «gute» Nachricht: Der Schätzwert für die Entsorgungskosten ist gesunken! Von 13,7 Milliarden (1994) über 13,1 (1998) auf 11,8 Milliarden Franken (2003). Damit hat sich der «Füllstand» des Fonds fast über Nacht von 10% auf 12% erhöht. Gerade in Zeiten schlechten Börsengangs ist das ein wohlthuendes kleines Wunder!

Natürlich wollte die SES von Max Zulliger von der Geschäftsstelle des Stilllegungs- und Entsorgungsfonds wissen, auf Grund welcher neuen Erkenntnissen die Entsorgungskosten plötzlich gesunken seien. Die Antwort ist wenig überzeugend: «Die Überprüfung der Entsorgungskosten ist noch nicht abgeschlossen. Die entsprechenden Unterlagen sind deshalb zur Zeit nicht erhältlich. Die Resultate der Überprüfung werden aber zu gegebener Zeit veröffentlicht und die ent-

**Tabelle1: AKW-Abbruch in Deutschland**

Name	Leistung	Bau-Typ	in Betrieb seit	abgestellt	Abbruchkosten (mit Jahr)	fertig abgebrochen
Jülich	Versuchs-Reaktor	Hochtemperatur	1966	1988	490 Mio. Euro (2003)	2006
Würgassen	670 MW	Siedewasser	1970	1994	1,04 Mia. Euro (2003)	2009
Greifswald	1720 MW	Druckwasser	vor 1976	1990	6,2 Mia. DM	2008

**Tabelle2: Negativperformance des Stilllegungs- und Entsorgungsfonds**

Fonds	Ende 2001	Ende 2002	Saldo-Differenz	Gesamt-Verlust (inkl. Einlagen im Jahre 2002)
Stilllegung	908 Mio. Fr.	844 Mio. Fr.	64 Mio. Fr.	90 Mio. Fr.
Entsorgung	1440 Mio. Fr.	1432 Mio. Fr.	8 Mio. Fr.	190 Mio. Fr.

sprechenden Unterlagen können danach eingesehen werden.»

### «Unzulässige Vergleiche» – Die Schweiz als Sonderfall?!

Wir haben es wieder einmal geschafft: Deutschland entwickelt zwar beim Abbruch von AKWs ein Know-how, das es dereinst teuer exportieren kann und von dem die Schweiz vermutlich zu profitieren gedenkt. Aber kaum zieht man in den Bereichen Sicherheitsbeurteilung oder Kosten Vergleiche zwischen Deutschland und der Schweiz, so sind das nach Meinung unserer HSK-Fachleute «unzulässige Vergleiche». Die Schweiz ist einmal mehr ein «Sonderfall»!

Der Vergleich Mühleberg-Würgassen zeigt klare Schwachstellen des Schweizer Systems, wenn auch nicht unbedingt dort, wo sie bisher lokalisiert wurden. Die bisherigen Vorwürfe lauteten, die Schweiz messe bei der Sicherheit offenbar mit anderen Ellen als Deutschland; die HSK sei offenbar viel weniger anspruchsvoll als die deutschen Behörden. (In dieselbe Kerbe hieb die Kritik, als die Schweizer Behörden die AKWs als sicher gegenüber gezielt «abgestürzten» Zivilflugzeugen bezeichneten, während die deutschen Behörden die AKWs als unsicher taxierten.)

Die neuen Vorwürfe lauten: Die Schweizer Aufsichts-Behörde hat nicht den Mut, von einem AKW-Betreiber den Austausch eines exponierten Teils (z.B. im Fall von Mühleberg eines rissigen Kernmantels) zu verlangen, weil sie mit den Betreibern viel zu stark verbandelt und von ihnen nicht wirklich unabhängig ist. Dabei hätte sie im Unterschied zu Deutsch-

land den Vorteil, schweizweit dieselben Normen anzuwenden. Die Sicherheitsbehörde könnte sich damit nicht den Vorwurf einhandeln, politische statt sachliche Entscheide zu fällen. Der HSK fehlt auch der klare Wille, Expertisen, die die AKW-Betreiber in Auftrag gegeben haben und an die HSK einreichen, zügig und mit der nötigen Skepsis zu beurteilen.

### Ist der Abbruch finanziell je gesichert?

Es gibt ja das unsägliche Argument, man müsse die AKWs noch möglichst lange laufen lassen, damit diese Fonds endlich geöffnet werden könnten! Dabei wurden den AKW-Aktionären bei leeren Fonds-Kassen Dividenden ausbezahlt! Und gleichzeitig muss man als Stromkonsument mit ansehen, wie das in die Fonds einbezahlte Geld wie Gletschereis an der Augustsonne schmilzt (siehe Tabelle Negativperformance der Fonds). Die Sache ist ziemlich offensichtlich: Es gibt jetzt zwar die beiden Fonds, aber die AKW-Betreiber lassen sich nach wie vor sehr viel Zeit beim Äufnen und unternehmen gleichzeitig alles, um mit Expertisen zu erreichen, dass sie möglichst wenig einzahlen müssen. Das einbezahlte Geld ist zur Hälfte in Form von Aktien angelegt und darum an die schwankenden Börsenkurse gekoppelt. So fehlt doch beim Stromkonsumenten jegliches Vertrauen, dass der ordentliche Abbruch (ob er jetzt «Stilllegung» oder «Entsorgung» heisse!) dereinst sichergestellt ist!





*Mit der Avanti-Initiative in den finanz- und verkehrspolitischen Kollaps.*

**Avanti-Initiative und Gegenvorschlag «Avanti Plus»**

## Mit Vollgas in den verkehrspolitischen Kollaps

Die Avanti-Initiative fordert einen massiven Ausbau der Nationalstrassen, will Kapazitätsengpässe beseitigen sowie einen zweiten Gotthardstrassentunnel bauen – und damit den Alpenschutzartikel durchlöchern. Die Strassenlobby hat sich im Parlament durchgesetzt und zur Finanzierung des rund 30 Milliarden Franken teuren Strassenbauprogramms noch einen speziellen Strassenbaufonds geschaffen. Der heute vorliegende Gegenvorschlag hat die Avanti-Initiative rechts überholt und ist mittlerweile zum Strassenbauprogramm «Avanti Plus» avanciert.



*Von Rafael Brand, E&U-Redaktor*

Die Verkehrsverbände und die Strassenlobby, welche am 28. November die Avanti-Initiative «für sichere und leistungsfähige Autobahnen» einreichte, freut sich: Schon der Bundes-

rat kam der Avanti-Initiative in seinem Gegenvorschlag weit entgegen. Gegen den Willen des Bundesrates haben nun National- und Ständerat den bundesrätlichen Gegenvorschlag mittlerweile dahingehend «verbessert», dass dieser noch weiter geht als die Avanti-Initiative. Gemäss dem heute vorliegenden Gegenvorschlag sollen die Fertigstellung und die Kapazitätserweiterung des Nationalstrassennetzes, eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur in den Agglomerationen (Schiene und Strasse) sowie die Option auf einen zweiten Gotthardtunnel verbindlich in der Bundesverfassung

verankert werden. Zudem soll ein Strassenbaufonds, der aus den zweckgebundenen Treibstoffgeldern gespeist wird – und weder dem bundesrätlichen Sparprogramm und der Schuldenbremse unterliegt – die Realisierung der strassenlastigen Ausbauprojekte sicherstellen.

### **Gegenvorschlag «Avanti Plus»**

Der Ständerat hat im Juni 2003 zwar die von der Avanti-Initiative geforderte Aufhebung des Alpenschutzartikels für Transitstrassen ausdrücklich auf



den Gotthard (Strecke Amsteg–Airolo) beschränkt, und zudem das Nacht- und Sonntagsfahrverbot in den Gegenvorschlag aufgenommen. Ausserdem soll ein Gesetz für die Verlagerung des alpenquerenden Schwerverkehrs auf die Schiene sorgen. Doch es ist – auch nach der noch bevorstehenden Differenzbereinigung zwischen Stände- und Nationalrat – zu erwarten, dass dem Schweizer Stimmvolk im nächsten Frühling ein verkehrspolitisches Multipack «Avanti Plus» vorgelegt wird. Ob die Autoverbände und Strassenlobby die Avanti-Initiative zugunsten dem Gegenvorschlag zurückziehen, ist noch offen, aber durchaus wahrscheinlich.

### Alpen- und Umweltschutz gefährdet

Für das Komitee «Avanti-Nein» gefährdet die Avanti-Initiative sämtliche Ziele des Alpen- und Umweltschutzes, wie sie in den letzten 15 Jahren vom Schweizer Stimmvolk mehrfach bestätigt wurden. Auch der Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative ist sehr offen und lückenhaft formuliert. Das Komitee befürchtet deshalb, dass dieser das Wachstum des Strassenverkehrs noch weit stärker begünstigen könnte als die Avanti-Initiative selbst. Mit der Option auf eine zweite Gotthardröhre soll zudem der Alpenschutzartikel umgangen werden. Dazu das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK von Bundesrat Moritz Leuenberger noch im August 2001: «Das Volk hat dem Bundesrat den Auftrag erteilt, den Güterverkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlagern. Dazu wird die NEAT gebaut, wurde die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA eingeführt und wird der kombinierte Verkehr gefördert.» Das UVEK unmissverständlich: «Ein zweiter Gotthardtunnel würde die Erreichung des Verlagerungsziels und damit die Entlastung der Transitgebiete gefährden.»

Der grösste Verursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen ist der motorisierte Individualverkehr. Die Schweiz hat sich mit dem Kyoto-Protokoll und CO<sub>2</sub>-Gesetz verpflichtet, den Verbrauch der Treibstoffe bis ins Jahr 2010 um 8 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Tatsächlich aber wächst der CO<sub>2</sub>-Ausstoss aufgrund der Zunahme des Strassenverkehrs stetig. Im Jahr 2001 betrug die

Ziellücke 2,4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>. Mit der Avanti-Initiative und «Avanti Plus» wird die Schweiz ihre klimapolitischen Verpflichtungen kaum erreichen.

### Auf zum finanz- und verkehrspolitischen Kollaps

Pro Jahr werden rund 4 bis 5 Milliarden Franken in den Strassenbau investiert. Doch der Stau ist nicht kürzer geworden: Statt einspurig, stehen die Autos heute zwei- bis dreispurig im Stau. Wie sich die Verkehrsspirale weiter drehen könnte, zeigt ein Bericht des Bundesamtes für Raumplanung ARE zur Überlastung der Nationalstrassen im Jahr 2020. Der Bericht rechnet mit einer Zunahme des gesamten Personenverkehrs von 26 Prozent. Im «Szenario tief» wächst dabei der motorisierte Individualverkehr auf den Autobahnen um 24 Prozent, während der öffentliche Verkehr um 82 Prozent wächst. Bei diesem optimistischen Szenario würde sich der Verkehr auf den Autobahnen im Jahr 2020 in Spitzenzeiten noch immer auf 200 Kilometern stauen. Im «Szenario hoch» wächst der Individualverkehr auf den Nationalstrassen um 40 Prozent, der öffentliche Verkehr stagniert. Im Jahr

2020 wären die Nationalstrassen so auf einer Länge von 415 Kilometern überlastet. Es ist jedoch «politisch und finanziell unrealistisch, 415 überlastete Autobahnkilometer in knapp 20 Jahren auf sechs bis acht Spuren zu verbreitern», stellte Journalist und Verkehrsexperte Hanspeter Guggenbühl Ende 2002 im «Tages-Anzeiger» klar. Die Konsequenz daraus ist ernüchternd: Wenn die Schweiz die Verkehrszunahme nicht bremst, wird dies früher oder später entweder zum Verkehrs- oder Finanzkollaps führen. Doch es ist ein anderes Szenario möglich: Eine nachhaltige Verkehrspolitik fördert den Langsamverkehr, belohnt die Benutzung des öffentlichen Verkehrs und führt zu weniger motorisiertem Strassenverkehr und so zu einer intelligenteren, umweltverträglicheren Mobilität. Mit der verkehrspolitischen Abstimmung über die Avanti-Initiative und/oder den Gegenvorschlag «Avanti Plus» kann das Stimmvolk eine Weiche stellen – und damit ein weiteres Mal bestimmen, in welche Richtung es mit der Schweizer Verkehrspolitik geht.



Weitere Infos: [www.avanti-nein.ch](http://www.avanti-nein.ch)

## Mehr Strassen – mehr Verkehr

Die Avanti-Initiative ist mittlerweile durch die im Parlament und in den Verkehrskommissionen gut vertretene Auto- und Schwerverkehrslobby zum Gegenvorschlag «Avanti Plus» avanciert. Das Komitee «Avanti-Nein», dem insgesamt 24 Umweltorganisationen wie die Alpen-Initiative, der Verkehrsclub Schweiz (VCS), der WWF Schweiz, pro Natura, Greenpeace und auch die SES angeschlossen sind, sehen die bisherigen umweltpolitischen Fortschritte in der Schweizer Verkehrspolitik gefährdet. Alf Arnold, Geschäftsleiter der Alpen-Initiative, spricht von einem «Strassenbauprogramm à discretion». «Wir gehen davon aus, dass mit der Avanti-Initiative respektive dem Gegenvorschlag ein immenses Strassenbauprogramm von mindestens 30 Milliarden Franken ausgelöst wird», erklärt Alf Arnold. Dieses Bauprogramm hat wiederum zusätzliche Strassenbauinvestitionen bei Kantonen und Gemeinden zur Folge.

Die Konsequenzen sind absehbar: Mehr Strassen werden mehr Verkehr und damit mehr Schadstoffe und CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen – mit entsprechenden Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit. Das Verkehrswachstum wird einfach «als unabwendbares Faktum akzeptiert, auf das einzig mit einem – nicht genau definierten – Ausbau der Verkehrsinfrastruktur reagiert werden soll», argumentiert das Komitee «Avanti-Nein» in einem Positionspapier gegen die beiden Vorlagen. Auf Mehrverkehr, Stau und Verkehrsengpässe soll vor allem mit dem Ausbau der (National-)Strassen sowie der Beseitigung von Kapazitätsengpässen reagiert werden. – Dieses Rezept ist so altbekannt wie untauglich.

# Auf billigstem Weg zur CO<sub>2</sub>-Reduktion

**Um eine ökologische Steuerreform zu verhindern, greift die Wirtschafts- und Strassenlobby wieder in die Trickkiste: Weil die Schweiz ihre Kyoto-Verpflichtungen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion bis 2010 wohl nicht erreichen wird, wurde von der Erdölvereinigung, von économiesuisse und den Strassenverbänden der «Klima-Rappen» lanciert. Mit dem Ertrag von 70 Millionen Franken wollen sie hauptsächlich CO<sub>2</sub>-Reduktionszertifikate im Ausland kaufen und so die CO<sub>2</sub>-Abgabe verhindern.**

*Von Rafael Brand,  
E&U-Redaktor*

Mit millionenschweren Kampagnen haben sich die Schweizer Wirtschaftsverbände, Erdölvereinigung, Bürgerliche und Strassenclubs vehement und erfolgreich gegen Energieabgaben und gegen die ökologische Steuerreform gestemmt. Diese Kreise haben im Kampf gegen solche Lenkungs- und Förderabgaben stets auf das CO<sub>2</sub>-Gesetz und die darin enthaltene Möglichkeit zur Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe verwiesen.

## «Lippenbekenntnisse» für die CO<sub>2</sub>-Abgabe

Die Wirtschafts- und Strassenlobby will die CO<sub>2</sub>-Abgabe und die damit verbundene ökologische Steuerreform aber nach wie vor verhindern. Das bisher vorgespülte Einverständnis ist aber bisher nichts als ein blosses «Lippenbekenntnis». Das Gesetz erlaubt frühestens ab 2004 eine CO<sub>2</sub>-Abgabe einzuführen, welche das Benzin um maximal 50 Rappen verteuern könnte. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe ist eine «haushaltsneutrale» Lenkungsabgabe, das heisst, sie wird vollumfänglich an Bevölkerung und Betriebe zurückerstattet. Die Krux am CO<sub>2</sub>-Gesetz: Das Parlament selber kann in abschliessender Kompetenz über Höhe und Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe beschliessen. Aller hehren Bekenntnisse zum Klimaschutz zum Trotz regt sich im Parlament heftiger Widerstand. Die SVP will per fakultativem Referendum und Volksentscheid die drohende CO<sub>2</sub>-Abgabe stoppen. Und die betroffene Energie- und Strassenver-

kehrsbranche unter der Federführung von Erdölvereinigung, économiesuisse und dem Strassenverkehrs-Dachverband FRS wollen einen «freiwilligen» Klima-Rappen anstelle einer CO<sub>2</sub>-Abgabe.

## Der Klima-Rappen – eine billige Lösung

Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landwirtschaft (BUWAL) hat kürzlich eine Studie in Auftrag gegeben, wie das Schweizer CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel zu erreichen ist. In die Studie miteinbezogen wurde auch der Klima-Rappen. Begleitet wurde die Infrastudie gleich durch die Ideenlieferanten selber: durch die Erdölvereini-

gung, Verkehrsverbände und économiesuisse sowie dem Bundesamt für Energie (BFE). Es wurden drei mögliche Modelle untersucht: a) eine CO<sub>2</sub>-Abgabe allein (30 Rappen pro Liter Benzin), b) der Klima-Rappen allein sowie c) zwei Kombinationen aus Klima-Rappen und CO<sub>2</sub>-Abgabe. Der Studie kurzer Sinn: Mit allen drei Modellen «könnte das CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel erreicht werden» – so jedenfalls das Fazit der Untersuchung.

In erster Priorität will der Klima-Rappen eine griffige CO<sub>2</sub>-Abgabe verhindern und die drohende Verteuerung von Benzin und Heizöl abblocken. Ein Klima-Rappen pro Liter Benzin ergibt rund 70 Millionen Franken pro Jahr. Die eine Hälfte soll flankierende Massnahmen wie «Carsharing», Eco-Drive und alternative Treibstoffe (Gas und Ethanol) fördern. Die andere Hälfte würde zum Kauf von so genannten Emissionszertifikaten verwendet. Damit würden ein Fünftel der vereinbarten CO<sub>2</sub>-Reduktion in der Schweiz selber realisiert – und vier Fünftel (!) über Zertifikate im Ausland eingekauft. Oder anders gesagt: Damit könnte die Schweiz weiterhin 2 Millionen Tonnen klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen jährlich mehr produzieren als im Kyoto-Protokoll vereinbart.

## Das CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel ist noch fern

Beim stetig wachsenden Strassenverkehr wird eine CO<sub>2</sub>-Abgabe immer dringlicher. Mit der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls hat sich die Schweiz verpflichtet, bei den Treibstoffen (vor allem Benzin) bis 2010 eine CO<sub>2</sub>-Reduktion um 8 Prozent zu erreichen; bei den Brennstoffen (vor allem Heizöl) um 15 Prozent. Statt der angestrebten Reduktion nehmen die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Bereich Treibstoffe ständig zu: von 1990 bis 2001 um 7,3 Prozent. 90 Prozent (!) dieser CO<sub>2</sub>-Emissionen entfallen auf den Strassenverkehr. Gemäss dem Forschungs- und Beratungsunternehmen Prognos ist bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion bis ins Jahr 2010 «eine grosse Ziellücke zu erwarten». Bei den Brennstoffen rechnet die Studie mit 4,4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr, welche die Schweiz über die Klimavereinbarung hinaus in die Atmosphäre verbrennt; bei den Treibstoffen sind es 2,4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>.<sup>1</sup> Die ernüchternde Bilanz der Studie: «Die bisherigen Anstrengungen genügen noch nicht und müssen deutlich verstärkt werden.»

<sup>1</sup> Einige Massnahmen wie ein tieferer Treibstoffverbrauch von Neuwagen (6,4 statt 8,4 Liter pro 100 Kilometer) wurden in der Studie bereits als «erreicht» und vorsorglich von der CO<sub>2</sub>-Bilanz abgezogen. Der Treibstoffverbrauch sinkt aber viel zu langsam, und das der Studie zugrunde gelegte tiefe Verkehrswachstum ist Wunschdenken. Die Ziellücke dürfte wohl höher sein als die prognostizierten, optimistischen 2,4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> bei den Treibstoffen.

## Im Widerspruch mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz

Statt die klima- und energiepolitischen Verpflichtungen im eigenen Land anzugehen, möchten die Wirtschafts- und Strassenverbände – quasi als moderner Ablasshandel – mit dem billigsten aller drei Modelle die CO<sub>2</sub>-Reduktion im Ausland erkaufen – so das Grundrezept des Klima-Rappens. Eine Lenkungswirkung wie bei der CO<sub>2</sub>-Abgabe (wer weniger fährt und verbraucht, bezahlt weniger) ist beim Klima-Rappen nicht auszumachen. «Der

Klima-Rappen ist als Lenkungsinstrument unwirksam. 1 Rappen pro Liter Treibstoff hat keinen Einfluss auf die Nachfrage», bestätigt auch der Basler SP-Nationalrat Ruedi Rechsteiner, der sich mit dem Klima-Rappen als Ökonom und Energieexperte eingehend befasst hat. Vor allem aber ist der Klima-Rappen rechtlich nicht mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz vereinbar. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz sieht nämlich eine CO<sub>2</sub>-Abgabe vor, deren Erträge zurückerstattet werden. «Für einen Klima-Rappen, dessen Ertrag zweckgebunden in Zertifikate und flankierende Massnahmen fliesst,

fehlen die Rechtsgrundlagen», stellt Ruedi Rechsteiner klar. Und nicht zuletzt widerspricht der Klima-Rappen auch dem Kyoto-Protokoll: Dieses sieht vor, dass die CO<sub>2</sub>-Reduktion zur Hauptsache durch Massnahmen im Inland erreicht wird. Beim Klima-Rappen beträgt der Inland-Anteil jedoch lediglich 20 Prozent. Das Fazit von Ruedi Rechsteiner: «Der Klima-Rappen beinhaltet Scheinlösungen. Statt Massnahmen zu ergreifen, soll weiter auf Zeit gespielt werden.»



SES-Fachtagung – 24. Oktober 2003, Volkshaus, Stauffacherstr. 60, 8004 Zürich, 9.00 bis 17.00 Uhr

# Sanfter Mobilfunk – Möglichkeiten und Grenzen

**Der Mobilfunkmarkt boomt, der Widerstand in der Bevölkerung gegen neue Antennen ebenfalls. Die Bewilligungen für neue Anlagen müssen erteilt werden, wenn die vorgeschriebenen Anlagegrenzwerte eingehalten werden. Es gibt jedoch elektrosensible Menschen, die auf Belastungen weit unterhalb dieser Grenzwerte reagieren. Diese Betroffenen fühlen sich in ihrem Leiden machtlos und im Stich gelassen.**



Foto: Claudius Fischer, Visuelle Gestaltung & Kommunikation, Würenlingen

### ReferentInnen

**Stefan M. Greger**, Dipl. Ing. Univ., Architekt, Geschäftsführer enorm GmbH, München.

**Pia Hollenstein**, Nationalrätin, Grüne, SG, Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen KVF.

**Johannes Kamp**, Elektrotechniker, Geschäftsführer enorm GmbH, München.

**Rosmarie Keller**, Hemberg SG, Betroffene.

**Michael Kundi**, Ao. Univ. Prof., Dr. phil. et med. habil., Institut für Umwelthygiene, Medizinische Fakultät der Universität Wien.

**Heinz Lanz**, eidg. dipl. Immobilien-Treuhänder, Immobilienökonom NDS FH, Geschäftsführer Schweiz. Immobilienschätzer-Verband SIV.

**Gerd Oberfeld**, Dr. med., Landessanitätsdirektion Salzburg, Referent für Umweltmedizin der österr. Ärztekammer.

**Tagungsgebühr:** Fr. 250.– inkl. Tagungsunterlagen, Pausengetränke, Apéro und Mittagessen (reduzierte Gebühr für SES-Mitglieder).

**Tagungsprogramm** unter [www.energiestiftung.ch](http://www.energiestiftung.ch)

Name, Vorname

Titel, Beruf / Firma, Behörde

Strasse

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Rechnung an:

Ich wünsche vegetarisches Mittagessen

Ich wünsche Mittagessen mit Fleisch

Ich kann an der Tagung nicht teilnehmen. Senden Sie mir bitte die Tagungsunterlagen zum Preis von Fr. 30.– (plus Versandkosten)

**Anmeldung bis 16. Oktober 2003 senden an SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich**



## «In 20 Jahren sollte es keine Kernenergie mehr brauchen»

**Wie weiter nach der Ablehnung der Atominitiativen am 18. Mai? Dieser Frage gingen anlässlich der diesjährigen SES-Jahresversammlung drei prominente Vertreter der schweizerischen Energiepolitik und -wirtschaft in einer Podiumsdiskussion nach: Ruth Genner, Hans Rudolf Gubser und Hans Luzius Schmid. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von SES-Präsidentin Eva Kuhn.**



*Von Anja Umbach-Daniel,  
Sozialwissenschaftlerin*

Für SES-Beirätin Ruth Genner war der 18. Mai ein «trauriger Tag». «Die verlorene Abstimmung für den Atomausstieg lässt viele Fragen der Schweizer Energiepolitik unbeantwortet», so Ruth Genners Eingangstatement, zu dem Moderatorin Eva Kuhn alle Podiumsteilnehmer aufgefordert hatte. Die Schweiz habe erstens die Chance verpasst, erneuerbare Energien und innovative Techniken verstärkt zu fördern. Zweitens sei die derzeitige «Lösung» der Atommüllproblematik – «alles kommt ins Zwilag» – auf lange Sicht keine wirkliche Lösung. Obwohl sich die Bevölkerung in den Regionen, in denen Endlager für radioaktive Abfälle eingerichtet werden sollen, sicher dagegen wehren würden, produziert die Schweiz weiterhin Atommüll. Drittens sei die Haftungsfrage im Falle eines Gaus unzureichend gelöst und schliesslich sei der geplante Abbau des Programms EnergieSchweiz vollkommen verfehlt, argumentierte die grüne Nationalrätin Ruth Genner.

Hans Rudolf Gubser, Geschäftsleitungsmitglied der Nordostschweizerischen Kraftwerke NOK, identifizierte die derzeitige schlechte Wirtschaftslage als Hauptgrund, warum das Schweizer Volk für die Atomkraft-



*«Die verlorene Abstimmung für den Atomausstieg lässt viele Fragen der schweizerischen Energiepolitik offen.»*

*Ruth Genner, Nationalrätin,  
Co-Präsidentin Grüne Schweiz*

werke gestimmt hat. Das Sicherheitsargument habe nicht gezogen. Hans Rudolf Gubser hat ein «gutes Gewissen», denn die Atomwirtschaft habe «die Mittel, die Kernkraftwerke sicher weiter zu betreiben». Gewisse Sicherheitsbedenken gibt jedoch auch Gubser zu. So habe die Axpo-Konzernleitung beschlossen, das AKW Beznau definitiv nach 50 Betriebsjahren abzuschalten. Bezüglich einer Einigung bei der Endlagerung spielt er den Ball den Umweltverbänden zu: «Wir müssen gemeinsam darüber nachdenken, wie die Zukunft der Stromversorgung aussehen kann», signalisierte Hans Rudolf Gubser seine Bereitschaft zum Dialog.

Hans-Luzius Schmid, Leiter EnergieSchweiz, eroberte sich die Bühne mit Elan und begann sein Statement mit einem Scherz in Richtung Inge Tschernitschegg von der SES. «Der Bundesrat hat endlich mal einen Sieg errungen». Tschernitschegg hatte nämlich gegen Hans-Luzius Schmid gewettet, dass die Atominitiativen angenommen würden. «Insider» werden das lachende und das weinende Auge des EnergieSchweiz-Leiters Schmid erkannt haben. Schmid präsentierte dann sorgfältig vorbereitete Folien und lieferte beeindruckende Fakten zum Programm EnergieSchweiz. Fakten, die belegen (sollen), dass das energiepolitische Förderprogramm die Rügen der Wirtschaft und erst gar nicht die fristlose Streichung durch den Bundesrat verdient. Schmid warnte vor einem «energiepolitischen Scherbenhaufen», und die angebotenen Ersatzlösungen für EnergieSchweiz bezeichnete er als «kaum realistisch: Bereits ist Gegenwind zu spüren». Den Umweltverbänden und der Wirtschaft empfiehlt Schmid, «endlich aus den Schützengräben zu steigen». Das Volk habe für die Atomenergie entschieden. Jetzt müsste die Herausforderung für die langfristige Energiezukunft des Landes angenommen werden, müssten Energieeffizienz und erneuerbare Energien vorgebracht werden.

### **AKWs ersetzbar?**

Das folgende Streit- und Podiumsgespräch drehte sich in erster Linie um den langfristigen Ersatz der Atomtechnologie durch erneuerbare Energien, das Programm EnergieSchweiz und die CO<sub>2</sub>-Abgabe. Zu Beginn der Diskussion griff Gesprächsleiterin Eva Kuhn den Gedanken von Hans Rudolf Gubser auf, es müsse nun über eine alternative Energiepolitik nachgedacht werden. Auf die direkte Frage an ihn, wieso er erst jetzt über Alternativen nachdenken wolle, antwortete Gubser lapidar, man könne immer dazu lernen... Gubser erklärte weiter, er wisse von Umfragen her, dass 80% der Schweizerinnen und Schweizer

keine AKWs wollen. Eine Energieversorgung, die auf der Nutzung der erneuerbaren Energien beruht, bezeichnete Gubser jedoch «als Utopie». Die Alternativen zur Atomenergie müssten in jedem Fall wirtschaftlich sein und es müsse ein Markt für erneuerbare Energien bestehen.

Gesprächsleiterin Eva Kuhn spielte den Ball an die Grüne Ruth Genner weiter. Sind denn AKWs wirklich nicht durch erneuerbare Energien ersetzbar? Genner fand Gubser's Argumentation «eigenartig»: «Insbesondere die AKWs sind durch Subventionen gefördert worden. Es braucht das Programm EnergieSchweiz, um erneuerbare Energien zu fördern und Impulse zu geben.» Nur so könne auch ein



**«Ich verspreche, mich für EnergieSchweiz einzusetzen.»**

*Hans Rudolf Gubser, Mitglied Konzernleitung Axpo, Mitglied Geschäftsleitung NOK*

Markt entstehen. Gegen die Förderung von Pilotanlagen sei er grundsätzlich nicht, entgegnete NOK-Geschäftsleiter Gubser, «jedoch sollten diese über Ausschreibungen realisiert werden». Eine Frage aus dem Publikum wies auf die günstigen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien in Deutschland hin, die dort einen wahren Boom ausgelöst haben. Gubser bezeichnete das Erneuerbare-Energien-Gesetz aus Deutschland, das Strom aus erneuerbaren Energiequellen bestimmte Vergütungen zugesteht, als «in Ordnung». Investitionsförderungen dagegen seien für ihn schlicht

«masslos». SES-Beirätin Pia Hollenstein, Grüne Nationalrätin aus St. Gallen, fragte Gubser, ob er als prominenter und wichtiger Vertreter der Schweizer Energiewirtschaft das Programm EnergieSchweiz unterstützen werde. Gubser antwortete, dass er dies tun werde, allerdings nur im Tausch gegen die Errichtung eines Endlagers für Atommüll. Pia Hollenstein hakte nach und wollte ein klares Bekenntnis von Gubser zu EnergieSchweiz. Alle im Saal spitzten die Ohren: «Ja, ich werde Einfluss nehmen», versprach Hans Rudolf Gubser.

Eva Kuhn erweiterte die Diskussion und fragte Hans Luzius Schmid, ob der Bund mit seiner Energiepolitik angesichts der massiven Kürzung bei EnergieSchweiz gescheitert sei. Schmid verwies auf das CO<sub>2</sub>-Gesetz, das jederzeit in Kraft treten könne, wenn die Anstrengungen bei der CO<sub>2</sub>-Vermeidung nicht ausreichen.

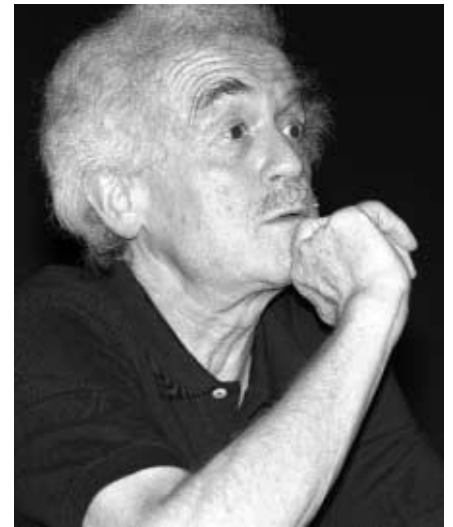
### **Ein Ende der Grabenkämpfe – aber nicht ohne Bedingungen**

«Die Umweltverbände werden über die Endlagerung reden, sobald die Atomlobby den Zeitpunkt der Abschaltung der AKWs nennt. Andernfalls steigen wir wieder in die Gräben», erklärte Conrad Brunner, Energieplaner und SES-Beirat, auf die angesprochene Dialogbereitschaft. Gubser, zusätzlich noch Vizepräsident der Nagra, wischte aber dieses Gesprächsangebot mit dem Hinweis auf den hohen Kapitaleinsatz bei AKWs vom Tisch: «Die Energiewirtschaft ist nicht bereit, aus der Atomenergie auszustiegen». Das Abfallproblem sei aber noch nicht gelöst, tönte es entrüstet aus dem Publikum. Die Anwesenden hakten nach und wollten wissen, ob es bei der Nagra einen Zeithorizont für ein Endlager gibt, schliesslich habe die Schweiz seit 1985 ein Gesetz zur Regelung der Endlagerung des Atommülls. Atombefürworter Gubser verwies lediglich auf den Wellenberg als günstigen Standort, den das Volk aber nicht gewollt habe.

Gesprächsleiterin Eva Kuhn leitete über zur Sicherheit der AKWs, da diese nun länger als geplant betrieben werden. Bestimmen nicht die AKW-Betreiber selber, was «sicher» heisst, so die provokative Frage von Eva Kuhn ans Podium. «Die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanla-

gen HSK ist eine anerkannte, unabhängige Behörde», argumentierte Gubser. «Die AKWs sind sicher.» Auch Hans Luzius Schmid vom Bundesamt für Energie ist dieser Ansicht: «Die HSK-Leute sind Spezialisten, denen wir vertrauen können.» Gubser fügte noch hinzu, die Schweiz sei nun mal ein kleines Land. «Es ist deshalb nur normal, dass die gleichen Leute, die in der HSK sitzen, oft selbst in der Atomwirtschaft tätig waren oder sind.»

«Wie sieht die Energiepolitik in 20 Jahren aus?», so die Schlussfrage von Eva Kuhn an die Podiumsteilnehmer. Ruth Genner wünschte sich ein verantwortungsvolles Land, in dem nicht nur Mehrheitspositionen gelten, und in dem kein Profitdenken mehr



**«EnergieSchweiz abzuschaffen kommt einem energiepolitischen Scherbenhaufen gleich.»**

*Hans Luzius Schmid, Stv. Direktor Bundesamt für Energie, Programmleiter EnergieSchweiz*

herrscht. Hans Rudolf Gubser schweigt lange, sehr lange und platzt dann mit einem betont persönlichen Statement heraus: «Meine Vision: In 20 Jahren sollte es keine Kernenergie mehr brauchen.» Ausserdem verspricht er noch, sich wirklich für EnergieSchweiz einzusetzen. Ob diesem Zugeständnis blieb Hans Luzius Schmid nur noch der Dank an Gubser. Und wir, das Publikum, danken ihm auch – und werden ihn an seine Worte erinnern.

□

# Ihre und unsere Wahl am 19. Oktober 2003

**Die SES ist parteipolitisch unabhängig, aber wir ergreifen Partei für eine nachhaltige Energie- und Umweltpolitik. Aus diesem Grund erlauben wir uns auch eine Wahlempfehlung abzugeben. Ganz besonders legen wir denjenigen von Euch, die ihren Wohnsitz im Kanton Uri haben, die Wahl unseres Geschäftsleiters Armin Braunwalder ans Herz. Wer nicht wählt, bleibt stumm.**

*Von Bernhard Piller,  
Mitglied der SES-Geschäftsleitung*

Am 19. Oktober 2003 ist es wieder so weit: Die Stimmberechtigten in der Schweiz haben einmal mehr nach vier Jahren die Gelegenheit, zu bestimmen, ob sie ein grüneres, ein ökologisch-nachhaltigeres Parlament wollen oder nicht.

## **Auf eine intakte Umwelt angewiesen**

Vielleicht stellen auch Sie sich für den Wahlsonntag im Oktober die Frage, welche Nationalratskandidatin, welchen Nationalratskandidaten Sie aus ihrem Kanton für eine engagierte Energiepolitik zugunsten von mehr Energieeffizienz und zur Förderung von erneuerbaren Energien wählen sollen?

In der vergangenen Legislaturperiode mussten energiepolitisch schwer wiegende Rückschritte hingenommen werden. Im September 2000 wurden die so genannte Grundnorm für eine ökologische Steuerreform, die Solar-Initiative und die Förderabgabe vom Stimmvolk abgelehnt. Der Atomausstieg und das Atommoratorium wurden diesen Frühling von den Stimmdenden gebodigt, und nun will der Bundesrat auch noch dem letzten Stückchen Energiepolitik – dem Programm EnergieSchweiz – im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 den Geldhahn zudrehen. Ganz abgesehen davon steht die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe mehr in den Sternen denn je. Die Umwelt- und Energiepolitik spielt im diesjährigen Wahlkampf eine eher untergeordnete Rolle. Themen wie Arbeitslosigkeit, Altersvorsorge und steigende Krankenkassenprämien be-

schäftigen die BürgerInnen mehr. Mit dem Rekordhitzesommer, dem Gletscherschmelzen und den Waldbränden hat sich das Klima und damit die Energiepolitik aber mehr als deutlich in Erinnerung gerufen. Einmal mehr zeigt sich dringender Handlungsbedarf in der Energiepolitik. Ob nämlich Umweltpolitik gerade «en vogue» ist oder nicht, ist dem Klima egal. Wir Menschen hingegen sind auf eine intakte Umwelt angewiesen. Wir sind auch diejenigen, die das Klima mit unserem Verhalten negativ beeinflussen. Nur eine andere Politik kann dies ändern, hierfür braucht es fortschrittliche Kräfte. Darum unsere Wahlempfehlung, die ihnen die Entscheidung etwas leichter machen soll.

Die KSU (Kontaktstelle Umwelt), ein Zusammenschluss der grossen schweizerischen Umweltverbände, hat zu den diesjährigen Wahlen einen Ökotest erstellt. Sie untersuchte das Abstimmungsverhalten der wieder kandidierenden NationalrätInnen. Hierfür wertete die KSU 31 umweltrelevante, namentliche Abstimmungen der vergangenen Legislatur im Nationalrat aus. Nur 11 der wieder kandidierenden NationalrätInnen haben die maximale Punktzahl erreicht. 21 weitere ParlamentarierInnen stimmten in 29 respektive 30 der 31 Fälle für die Umwelt.<sup>1</sup>

## **Starke Stimmen für die Umwelt- und Energiepolitik**

Unter den SES-Stiftungs- und BeirätInnen befinden sich diverse kompetente KandidatInnen für den Nationalrat. 12 Kandidierende aus den Kantonen Zü-

rich, Bern, Basel-Stadt, Baselland, Aargau, St. Gallen, Uri und Fribourg, die ich ihnen kurz vorstellen will.

Vier von ihnen sind erfahrene EnergiepolitikerInnen, die schon seit Jahren in Bern politisieren. Sie haben alle mindestens 29 Punkte des KSU-Ökotests erreicht: Ruth Genner, Co-Präsidentin der Grünen Schweiz, Pia Hollenstein, langjährige grüne Nationalrätin aus dem Kanton St. Gallen, und die beiden SP-PolitikerInnen Doris Stump AG und Rudolf Rechsteiner BS, beide vormals auch Vorstandsmitglieder des Vereins Strom ohne Atom. Besonders erwähnenswert die Kandidatur von unserem langjährigen SES-Geschäftsleiter und ehemaligen Co-Präsidenten von Strom ohne Atom, Armin Braunwalder, im Kanton Uri. Uri steht nur ein Nationalratssitz zu, um den sich auch zwei Bürgerliche bewerben. Wir wünschen ihm viel Erfolg in diesem spannenden Rennen!

Im Weiteren kandidieren Martin Bäumle, Astrid Kugler, Jürg Nipkow und Bernhard Piller im Kanton Zürich; Rita Haudenschild im Kanton Bern, Eric Nussbaumer im Kanton Baselland und Christa Mutter im Kanton Freiburg.

Verhelfen Sie der Umwelt- und Energiepolitik zu einer starken Stimme in Bern, indem Sie unsere KandidatInnen wählen. Unser Ziel ist es, am 19. Oktober so viele ökologisch und sozial nachhaltige PolitikerInnen nach Bern zu schicken, dass nach den Wahlen nicht mehr ein zweiter SVP-Bundesrat, sondern eine dritte links-grüne Vertretung im Bundesrat Thema sein wird. □

<sup>1</sup> *Das genaue Abstimmungsverhalten aller wieder kandidierenden NationalrätInnen ist unter [http://info.greenpeace.ch/de/newsandinfo/news/NewsArchiv/copy15\\_of\\_index abrufbar](http://info.greenpeace.ch/de/newsandinfo/news/NewsArchiv/copy15_of_index abrufbar).*

# Die SES empfiehlt ihnen folgende in der Energiepolitik engagierte PolitikerInnen zur Wahl in den Nationalrat.



**Armin Braunwalder**, Journalist  
Geschäftsleiter SES, Grüne, UR,  
[www.armin-braunwalder.ch](http://www.armin-braunwalder.ch)



**Astrid Kugler**, Geografin,  
alt Kantonsrätin LdU,  
parteilos (Liste EVP), ZH



**Bernhard Piller**, Soziologe,  
Grüne, ZH



**Christa Mutter**, Journalistin,  
Grüne, FR



**Doris Stump**, Dr. phil I,  
Nationalrätin, SP, AG,  
[www.doris-stump.ch](http://www.doris-stump.ch)



**Eric Nussbaumer**, El.-Ing. ETH,  
ADEV Energiegenossenschaft, SP,  
BL, [www.eric-nussbaumer.ch](http://www.eric-nussbaumer.ch)



**Jürg Nipkow**, dipl. Ing. ETH, alt  
Kantonsrat, Grüne 55+, ZH



**Martin Bäumle**, Atmosphären-  
wissenschaftler ETH, Co-Präsident  
Grüne Kanton Zürich, Grüne, ZH,  
[www.baeumle.ch](http://www.baeumle.ch)



**Pia Hollenstein**, Berufsschulleh-  
rerin, Nationalrätin, Grüne, SG,  
[www.piahollenstein.ch](http://www.piahollenstein.ch)



**Rita Haudenschild**, Biologin,  
Grünes Bündnis, BE,  
[www.gruene.be/pers/haudenschild.html](http://www.gruene.be/pers/haudenschild.html)



**Rudolf Rechsteiner**, Dr.rer.pol.,  
Nationalrat, SP, BS,  
[www.rechsteiner-basel.ch](http://www.rechsteiner-basel.ch)



**Ruth Genner**, dipl. Lebensmittel-  
ingenieurin ETH, Co-Präsidentin  
Grüne Schweiz, Nationalrätin,  
Grüne, ZH, [www.ruth-genner.ch](http://www.ruth-genner.ch)

## SES-MITGLIED WERDEN

- Ja, ich werde Mitglied der SES**  
und erhalte pro Jahr 4 Ausgaben von «Energie & Umwelt»
- Fr. 75.– für Verdienende
- Fr. 30.– für Nichtverdienende
- Fr. 400.– für Kollektivmitglieder

Vorname / Name

Adresse

PLZ / Ort

Telefon

Datum / Unterschrift

## ENERGIE & UMWELT ABONNIEREN

- Ja, ich abonniere «Energie & Umwelt»**  
und erhalte pro Jahr 4 Ausgaben
- Fr. 30.– Inland-Abonnement
- Fr. 40.– Ausland-Abonnement
- Fr. 50.– Gönner-Abonnement

Bitte übermitteln an: SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich, Telefon 01 271 54 64, Fax 01 273 93 69, [info@energienstiftung.ch](mailto:info@energienstiftung.ch)

Schweizerische  
Energie-Stiftung  
Sihlquai 67  
8005 Zürich  
Tel. 01 271 54 64  
Fax 01 273 03 69  
www.energiestiftung.ch  
PC 80-3230-3

« Der Klimawandel bedroht uns nicht erst in Zukunft, er ist schon da. Wir haben einen heissen Sommer hinter uns und er ist nicht allen gut bekommen. Vor allem im Parlament gab es dramatische Fälle von Hitzschlägen. »

Bundesrat Moritz Leuenberger an der SP-Delegiertenversammlung im Kursaal Bern, 30. August 2003.

**AZB 8005 Zürich**  
Adressberichtigung melden

SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich, Tel. 01 271 54 64  
Fax 01 273 03 69 oder per Mail: [info@energiestiftung.ch](mailto:info@energiestiftung.ch)

### Ziehen Sie demnächst um?

Bitte melden Sie uns Ihre neue Adresse, damit Sie auch das nächste Energie&Umwelt ohne Verzögerung erhalten.  
Besten Dank.

Neue Adresse:

---

---

---

Gültig ab:

---

Bitte zusammen mit der nebenstehenden Adresse einsenden oder faxen an:

**SES**, Sihlquai 67, 8005 Zürich  
Fax 01 273 03 69 oder per E-Mail: [info@energiestiftung.ch](mailto:info@energiestiftung.ch)